

Bezugspreis.

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 3,- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Welt“, „Frauenstimme“, „Der Rinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“ und „Wiss in die Bühnenwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille Seite 80 Pfennig, Kleinzeile 6,- Reichsmark, „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 25 Pfennig (auflöflich zwei fertige Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, eingehen werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 26. November 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Prager Büttel Mussolinis.

Auflösung einer sozialdemokratischen Versammlung. — Gegen den Faschismus darf nicht gesprochen werden.

Prag, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Heute abend wollte die bekannte Vorkämpferin der internationalen Revolution und Bekämpferin des italienischen Faschismus, Angelika Balabanow, in einer öffentlichen, von der Deutschen Sozialdemokratischen Partei einberufenen Versammlung im Heineleal in Prag über das Thema: „Italien, Mussolini und der Faschismus“ sprechen.

daß sie nichts Politisches über Italien sprechen dürfe,

und kaum hatte sie ihr Referat begonnen und im einseitigen Satz den Faschismus gekennzeichnet, als einer der beiden Regierungsvertreter sie unterbrechen und vorwarnen ließ.

Schmutz und Schund.

Heute beginnt im Reichstag die zweite Lesung des Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schmutz- und Schundschriften.

Die Vertreter des Geistes und des freien literarischen Schaffens haben gegen dies Gesetz Widerspruch erhoben, teils mit zorniger Empörung, teils mit tiefem Mitleid gegenüber dem Geiste, der dies Gesetz erfüllt — immer aber aus ernster Sorge um die Freiheit des Geistes und der Kunst, aus Sorge, daß dem Mäuerlein ein Stein in die Hand gegeben werden soll, mit dem es das freie künstlerische Schaffen würgen kann.

Schutz der Jugend vor Schmutz und Schund, jamohl! Es gibt Schmutz und Schund in der Literatur, von dem sich jeder mit zorniger Berachtung abwendet, der für die Würde des geistigen Schaffens und der Kunst, für die Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen ein sicheres Gefühl in sich trägt.

Aber man kann dies sichere Gefühl nicht in die Definition eines Gesetzes fassen. Das Gesetz, das dem Reichstag vorliegt, hat den Versuch dazu nicht unternommen.

Man kann die Jugend vor Schmutz und Schund nicht durch negative Präventivmaßnahmen schützen, und zugleich den Geist reiternischer Polizeischneiderei züchten.

Es ist technisch gegen diesen Gesetzentwurf ungeheuer viel einzuwenden. Alle gesetzliche Einwände aber stehen zurück hinter dem Widerspruch, den der Geist dieses Gesetzes hervorruft.

Es wäre besser, die Blicke auf die positiven Mittel zur Bewahrung der Jugend zu wenden. Ein gutes Buch in der Hand der Jugend ist ein nachhaltigerer Schutz gegen Schmutz und Schund, als jede Zensur.

Es ist ein grotesker Gedanke, die Jugend vor sittlicher Verderbnis durch Schundliteratur schützen zu wollen, während sie in den Großstädten, den Zentren der sozialen Not, täglich den Schmutz der Rottentekultur vor Augen hat, und in ihrer nächsten Umgebung mehr sieht, als ihnen die Phantastie eines Schmutzliteraten vermögen kann.

Das Gesetz — eine gefährliche Handhabe für heuchlerisches Mäuerlein — wirkt angefaßt dieses Gegenstandes wie ein Freigenblatt, das die große soziale und moralische Not der Jugend verbergen soll.

Würde es angenommen — es wäre eine Schande für Deutschland.

Justiz gegen Reichsbanner.

Ein Massenprozeß im Harz. — Was die Staatsanwaltschaft für Nötigung hält.

Braunschweig, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag beginnt in dem Harzstädtchen Hasselfelde ein Prozeß gegen 14 Reichsbannerleute.

sammelten. Er teilte mit, daß er von der Polizeidirektion den Auftrag habe, in der Versammlung kein politisches Wort über Italien sprechen zu lassen.

löste er die Versammlung auf, und wenige Minuten später drangen etwa 40 bewaffnete Polizisten in den Saal und räumten ihn.

An Ort und Stelle wurde den Versammlungsteilnehmern von der Versammlungsleitung mitgeteilt, daß anschließend eine 2. Versammlung (das ist eine für geladene Gäste bestimmte Versammlung) im Tschechischen Volkshaus stattfinden würde.

beschuldigt, während eines Ausfluges nach Harz im Harz, als in ihren Fockelzug geschossen wurde, in ein Haus eingedrungen zu sein und nach dem Täter gesucht zu haben.

Gegen den Redakteur des sozialdemokratischen „Harzer Echo“ in Blankenburg, der zu einer Demonstration aufrief und sagte, daß am Sonntag der drohende Schritt des Reichsbanners der Justiz in die Ohren klingen müsse, ist schnell noch ein Verfahren wegen Nötigung (!) vom Staatsanwalt eingeleitet worden.

Die Staatsanwaltschaft hat wegen des Prozesses die Landräger aus dem ganzen Bezirk in dem kleinen Städtchen zusammengezogen, trotzdem natürlich niemand an Gemeinnützigkeiten denkt.

Landtagsbeginn in Sachsen.

Wahl des Präsidiums.

Dresden, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Am heutigen Donnerstag fand die erste Sitzung des neugewählten Sächsischen Landtages statt.

Für den Posten des ersten Vertreters des Landtagspräsidenten wurde vorgeschlagen der Kommunist Lieberasch und der Deutschnationale Dr. Eckardt.

Für die Wahl des zweiten Stellvertreters des Vorsitzenden waren vorgeschlagen der deutschsozialistische Abgeordnete Himmann und der Kommunist Lieberasch.

Die nächste Sitzung findet am Dienstag, den 30. November, statt. Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Ministerpräsidenten.

Rücktritt der Regierung Heldt.

Nachdem der Landtag die Abgg. Lieberasch (Komm.) zum ersten und Mucker (Soz.) zum zweiten Schriftführer gewählt hatte, gab Ministerpräsident Heldt im weiteren Verlauf der Sitzung namens der Regierung die Erklärung ab, daß sie ihre Ämter in die Hände des Landtags zurücklege und die Regierungsgeschäfte bis zur Reuewahl des Ministerpräsidenten weiterführen werde.

Chinas Erwachen.

Von der Anarchie zur Selbstregierung.

Von Professor G. Lederer, Heidelberg.

Der Herbst 1926 wird vielleicht in einer späteren Zukunft als der Wendepunkt in der chinesischen Geschichte erscheinen, als der Beginn einer Epoche, in welcher sich ein neues China aufbaut.

Die ersten Versuche, sich dieser Herrschaft zu erwehren, begannen schüchtern in den großen Städten. Die großen Unternehmungen des Handels und der Industrie sind an sich schon gesellschaftliche Organisationen, dezimiert durch die moderne Technik der Produktion und des kommerziellen Betriebs.

Wir sind in Europa so skeptisch gegenüber der Kraft der Ideen, daß wir eines darüber vergessen: die Existenz eines großen Volkes als politische Nation, die Regelung seiner Schicksale im eigenen Haus, ebenso wie das Handeln nach außen ist nur möglich, wenn die ungefüge, formlose Masse ihr dumpfes Wollen und alle die ungerügten Einzelkräfte, die weit auseinanderliegenden Willensrichtungen in Organisationen bindet, formt und zu aktivem Handeln, zu gestaltendem Handeln bringt.

Denn die ideenlose Gewalt der chinesischen Generale hat sich als unfähig erwiesen, diesen ungeheuren Erdteil, dieses Land mit nahezu 400 Millionen Einwohnern zu ordnen.

Bald schien der eine, bald der andere im Vorteil zu sein, und der geduldige europäische Zeitungsleser hörte mit Gleichmut,

das bald Wu-Bei-Fu, bald Feng, dann wieder Changtschin einen großen Sieg errungen habe. Die Generale stützen sich aber nicht auf das Volk, sie sind nicht Truppen eines im Staat organisierten Volkes, sie sind Gewalt herrschenden, nicht anders als die Armeen, welche im Dreißigjährigen Kriege Deutschland durchzogen und sochten, man wußte schon nicht mehr für wen und wofür. Deshalb bringt jeder Sieg ihnen Zulauf von Soldaten der feindlichen Armeen, jede Niederlage könnte zur letzten Katastrophe werden — wenn nicht die fremden Schutzmächte eingriffen.

In diesem Chaos ist das Auftreten einer Armee, wie sie die Kuo-Ming-Tang aufgestellt haben, ein Ereignis von epochaler Bedeutung. Denn diese Armee ist eine Parteiarmee, d. h. sie kämpft für Grundsätze. Es sind dieselben Prinzipien, auf deren Grundlage Sunyatsen noch unter der Mandschudynastie seine revolutionäre Gesellschaft gründete. Die Partei tritt ein zunächst für Freiheit und Unabhängigkeit der chinesischen Nation. Daher gegen politische und ökonomische Vormundschaft in China. Sie ist — entsprechend der Weltlage — eine antiimperialistische Partei und eine natürliche Bundesgenossenschaft verbindet sie daher mit Moskau.

Aber die Kuo-Ming-Tang-Partei ist zugleich für Demokratie. Das Volk soll das Stimmrecht, das Recht zur Initiative, zum Referendum (Volksentscheid) erhalten, es soll die Möglichkeit haben, die Regierung zu beraten. Das alles freilich nach entsprechender Vorbereitung und Erziehung. Denn noch immer besteht der größte Teil des chinesischen Volkes aus Analphabeten. Aber wesentlich ist, daß ein anfangs unvermeidliches Zensurwahrrecht (teils Vermögens-, teils Bildungszensur) nicht als dauernde, sondern nur als vorübergehende Einrichtung gedacht ist. Die Herrschaft der Minderheit ist heute eine Notwendigkeit in China, weil die Mehrheit überhaupt noch nicht sprechen kann. Aber sie soll es möglichst schnell lernen.

Dieses parlamentarische System sieht, wie in Europa, die Teilung der Gewalten vor: Trennung der Gesetzgebung von der Verwaltung und, von beiden unabhängig, die Gerichtsbarkeit. Aber darüber hinaus sollen zwei einheimische, chinesische Einrichtungen, gleichsam der spontane Selbstschutz des Volkes gegenüber der Willkür einer Oligarchie, wieder aufleben. Noch unter der Mandschudynastie bestand die Einrichtung der Prüfungen, durch welche die Beamten ausgeselct wurden. Diese Prüfungen — wie immer man ihre Wirkung sonst beurteilen mag — haben wenigstens die Entstehung eines Amtsnobels und die Bildung einer oberen herrschenden Kaste verhindert. Jedem stand in der Tat der Weg zu den höchsten Ämtern offen — besonders, wenn wir daran denken, daß in China die Familienverbände noch bestehen und daß selbst eine arme Familie in der Lage ist, begabte Mitglieder studieren zu lassen.

Als zweite Sicherung der Volksrechte gegen Tyrannei bestanden Zensuren, welche aber nicht, wie in Europa, die öffentliche Meinung, sondern im Gegenteil die Beamten in voller Unabhängigkeit zu kontrollieren hatten. Selbst die Handlungen des Kaisers waren von ihrer Kontrolle nicht frei. Sunyatsen dachte daran, diese beiden Einrichtungen in das moderne China hinüberzuleiten. Voraussetzung dafür ist jedenfalls, daß sich im Volke der hohe Respekt für ethisches Handeln — das Erbgut aus der Lehre von Confuzius — erhält.

Diese Demokratie soll endlich drittens eine sozialistische oder, besser gesagt wohl, eine soziale sein. Konzentration des Grundbesitzes soll durch Besteuerung verhindert und monopolistische Unternehmungen, besonders lebensnotwendige Betriebe, sollen von der Allgemeinheit übernommen werden. Wie man sieht: der sozialistische Einschlag ist ein sehr geringer. Prüfen doch zuerst die Voraussetzungen für das Vordringen gesellschaftlicher Großorganisationen geschaffen werden. Interesselose nahm Sunyatsen nicht in Aussicht, diese Prinzipien sofort in die Tat umzusetzen. Er dachte, eine Zeit militärischer Diktatur werde unvermeidlich sein, um zunächst einmal Frieden und Ordnung herzustellen. Dann würde eine

Periode der Erziehung einsehen müssen, und erst die dritte Periode werde verfassungsmäßig im Sinne der Prinzipien der Partei sein können.

Nun zeigt sich aber, daß schon die erste Periode, in welcher sich die Kuo-Ming-Tang sofort anschickte, die Hand nach der Macht auszustrecken, nicht bloße militärische Expansion sein kann. Denn dann würde sie sich auf den gleichen Boden stellen, wie ihre Gegner. In der Tat kämpft die Armee der Kuo-Ming-Tang schon heute für Grundsätze, und das ist es, was in China als Beginn einer neuen Epoche erscheint. Die Armee kämpft nicht nur mit Waffen, sondern auch mit der Propaganda — und sie ist nicht bloß durch das gemeinsame Interesse, sondern durch Grundsätze zusammengehalten.

So sehen wir in der Tat, daß schon jetzt etwas wie eine neue Zeit begonnen hat: Von fremder Intervention in China ist keine Rede mehr, die englische Regierung läßt Zwischenfälle, welche sonst unweigerlich zu Strafexpeditionen geführt hätten, unbeachtet. Kein ernsthafter Politiker redet von Gewaltmaßnahmen, und ein Kompromiß zwischen Kanton und Hongkong bereitet sich vor. Gerade die letzten Wochen haben wachsende Erfolge der Kuo-Ming-Tang gebracht, und wenn gleich in China Ueberraschungen immer wieder möglich sind, eben weil unkontrollierbare Einflüsse von außen her wirken, so sind sie doch nicht mehr wahrscheinlich. Dabei ist es für die weitere Entwicklung und auch für die Rückwirkung auf Europa von größter Bedeutung, daß diese nationale Renaissancebewegung zugleich als soziale Bewegung, ja als sozialistische Bewegung beginnt: ein Zeichen dafür, daß nationale Revolution heute nuremehr soziale Revolution zugleich sein kann, daß nicht mehr die Bourgeoisie die Nation repräsentiert, wie in den nationalen Kämpfen um die Mitte des 19. Jahrhunderts in Europa, sondern daß die Industrialisierung bereits überall in der Welt das Proletariat als aktive Masse zum Träger der Weltgeschichte bestimmt hat.

### Belgien / China / Völkerbund.

Genf, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Die ständige chinesische Delegation beim Völkerbundsekretariat teilt mit, daß die chinesische Regierung es ablehne, ihren Streit mit der belgischen Regierung vor dem Internationalen Gerichtshof in Haag zu bringen. Dagegen erklärt sie sich bereit, den Völkerbundsrat oder die Völkerbundsversammlung über den Streitfall entscheiden zu lassen. Damit sucht die chinesische Regierung die Angelegenheit vom rein juristischen auf das politische Gebiet zu verlegen, wobei sie offenbar hofft, die Frage sämtlicher Zwangsverträge europäischer Mächte mit China zur Diskussion zu stellen.

### Die Freunde des „Verrückten“.

Solidaritätserklärungen mit Watter. — Gehler unten durch.

Der Reichswehrminister Gehler ist im Reichstag mit einem hörbaren Ruck von den wahnwichtigen Plänen des Generals Watter abgerückt, der nach den Worten Gehlers „die jungen Leute vor die französischen Maschinen-gewehre treiben wollte“. Gehler hat den General, dessen zweideutige Rolle im Kapp-Putsch nicht vergessen ist, einen „Verrückten“ genannt.

Es melden sich die Freunde Watters. Herr von Graefe im Reichstag, Angriff auf Gehler, die schützende Hand vor Watter. Herr von Graefe ist selbst ein Desperado, verwickelt in die Verschwörungen und wahnwichtigen Pläne des Jahres 1923. Seine Solidaritätserklärung ist selbstverständlich.

Graf Westarp. Offizielle Erklärung im Namen der deutschen nationalen Reichstagsfraktion im Reichstag. Entrüstung über die Angriffe auf den „hochverdienten General“. Keinerlei Reserve gegen die Wahnsinnspläne des nationalistischen Aktivismus. Eine Selbstenthüllung. Die Leute wollen in die Regierung!

### Nationalverband deutscher Offiziere. Empörung, Dank für Watter:

Mit tieferer Empörung hat der Nationalverband Deutscher Offiziere Kenntnis davon erhalten, daß bisherigen Presse-nachrichten zufolge der Reichswehrminister Gehler im Deutschen Reichstage den Generalleutnant a. D. Frhr. v. Watter einen Verrückten genannt hat, weil er in Deutschlands Notzeit sich Gedanken darüber machte, wie Deutschland zu retten sei. Der Nationalverband Deutscher Offiziere blickt mit Entrüstung auf das Verhalten dieses deutschen Reichsministers, das allen Auffassungen von Ritterlichkeit Hohn spricht. Er dankt seinem Hochmeister in Ehrenangelegenheiten, dem Generalleutnant Frhr. v. Watter für sein tapferes Verhalten im Kriege und während des Kommunistaufstandes im Ruhrgebiet und für nationale Ehre und Wehrhaftigkeit. Die Verbandsleitung des RDO: gez.: v. Schroeder, Kaij. Admiral à la suite des Seeoffizierkorps. gez.: Graf Waldersee, Königl. preuß. Generalmajor a. D. gez.: Baechter, Generalleutnant a. D. gez.: Graf Moltke, Königl. preuß. Oberleutnant a. D.

Ist das eine Solidarisierung mit den landesgefährlichen Plänen Watters, so benutzt der „Waffenring deutscher Feldartillerie“ die Erklärung Gehlers zu einem frechen Angriff auf das republikanische Deutschland:

„Wir nehmen es als ein bezeichnendes Merkmal für das, was im heutigen Deutschland möglich ist und wissen, daß die Berachtung, die wir für solche Zustände haben, von allen anständigen Deutschen geteilt wird. Für den Waffenring der ehemaligen deutschen Feldartillerie: gez. Baechter, Generalleutnant a. D., Stellvertretender Vorsitzender.“

Da haben sich die Freunde Watters und der nationalstiftischen Desperados selbst porträtiert. Diese Erklärungen zeigen die Kreise, die mit den nationalstiftischen Verbrechern gegen die Sicherheit Deutschlands sympathisieren und offen oder insgeheim mit den wahren Feinden der Entwicklung Deutschlands zu Frieden und Freiheit Partei machen.

### Ehrhardt fühlt sich beleidigt.

Weil er zum Meicid angestiftet hat.

Der Rechtsanwalt des Kapitäns Ehrhardt hat, wie die B. S.-Korrespondenz mitteilt, gegen den preussischen Minister des Innern, Genossen Grzesinski, Strafantrag wegen verleumdender Beleidigung gestellt. Die Beleidigung erblickt Herr Ehrhardt darin, daß in der Denkschrift der preussischen Regierung die gerichtsnotorischen Tatsachen wiedergegeben worden sind, daß gegen Ehrhardt seinerzeit ein Verfahren wegen Meicids eingeleitet worden sei, und daß im Falle der Prinzessin Hohenlohe die Anstiftung zum Meicid durch Kapitän Ehrhardt erwiesen sei.

Diese Tatsachen kann Herr Ehrhardt nicht durch einen Beleidigungsprozeß aus der Welt schaffen. Sein Strafantrag gegen den preussischen Minister des Innern ist eine leere Demonstration. Er weiß recht gut, und sein Anwalt mit ihm, daß der Durchführung dieser Beleidigungsklage die Immunität Grzesinskis entgegensteht, und daß wahrscheinlich in diesem Falle ein Kompetenzverbot erhoben werden würde.

Herr Ehrhardt kann sich die Sache leichter machen. Die in der preussischen Denkschrift enthaltenen Tatsachen sind gerichtsnotorisch. Wir nehmen sie in der Öffentlichkeit auf; er mag uns verklagen, wenn er den Mut dazu hat.

Der Hauptausschuß des mecklenburgischen Landtags hat zur Änderung der wirtschaftlichen Not auf Vorschlag der Linksregierung größere Mittel bereitgestellt. Die Regierung wird einen Teil dieses Geldes zur Gewährung von Weihnachtshilfen an Kinderbedürftige schon in nächster Zeit den Ämtern und Städten überweisen.

Der Kussand in Nordalbanien geht weiter; er scheint von den seinerzeit nach Italien geflüchteten Ex-Machthabern auszugehen; da denkt man leicht an Russolinische Drahtzieherei.

## Die Journalisten.

Von Hans Bauer.

Der regierungsfreundliche Steuerzahler und der D. A. Z.-Redakteur kommen am Caféhaustisch ins Gespräch.

Der Steuerz.: Sie sind also von der D. A. Z.? Halten Sie sich nicht, Ihr Blatt, aber ich blättere manchmal im Caféhaus drin herum.

Der D. A. Z.-Red.: Ich weiß, wir sind nur von Caféhäusern und Kneipen abonniert.

Der Steuerz.: Sie, was mir mißfällt an Ihrem Blatt: Es trägt einen ausgesprochenen Rechtscharakter. Sie müssen nämlich wissen, daß ich ein regierungsfreundlicher Steuerzahler bin.

Der D. A. Z.-Red.: Wir sind ein unabhängiges nationales Blatt, fassen uns nur unserem Gewissen verantwortlich und bewegen uns auf der Linie der von Hugo Stinnes gepflogenen Gedankengänge.

Der Steuerz.: Schade, daß Sie für die demokratischen und zentralistischen Elemente der Reichspolitik und geschweige für die von der preussischen Regierung verfolgte kein Verständnis aufzubringen vermögen.

Der D. A. Z.-Red.: Das macht eben, daß wir ein unbedingtes Auge bewahrt haben und von der hohen Warte vaterländischer Einstellung und nicht von den Stimmen der Parteien herunter das politische Leben überschauen.

Der Steuerz.: Das ist die Ansicht eines unabhängig nationalen Mannes, dessen Gewissen außer den Traditionen des Hauses Stinnes nur sich selbst gehorcht und ich erweise ihr Achtung — aber ich sehe schon, daß wir uns nicht verständigen können: dafür bin ich eben regierungsfreundlich. Beispiels halber habe ich dieser Tage in Ihrem Blatte einen Artikel überflogen, in dem Sie die elstischen Autonomisten unterstützen. Ich als Regierungsfreund verwerfe das.

Der D. A. Z.-Red.: Ich als unabhängiger Politiker billige das. Ich nehme eben eine allgemein patriotische Haltung ein.

Der Steuerz.: ... Die sich an die Tradition des Hauses Stinnes hält, schon recht, nur möchte ich wünschen, daß Sie trotzdem für die Gedankengänge der Regierung, für die ich meine Steuern bezahle, mehr Verständnis ausdrücken.

Der D. A. Z.-Red.: Wir sind ein Blatt mit Charakter, bittschön, verfolgen einen nicht von der Laune wechselnder Majoritäten, sondern von unserer nationalen Grundüberzeugung eingegebenen Kurs, der sich allerdings auf der Linie der Traditionen des Hauses Stinnes bewegt.

Der zweite D. A. Z.-Redakteur tritt ins Caféhaus.

Der zweite D. A. Z.-Red.: Herr Kollege, Herr Kollege, das Reueste: Wir sind seit Jahr und Tag ein regierungsfreundliches Blatt.

Der erste D. A. Z.-Red.: Wem wollen Sie das erzählen! Davon müßte ich doch schließlich zuerst etwas wissen.

Der zweite D. A. Z.-Red.: Sie wissen nichts davon, aber die Abendzeitung weiß es. Es bestehen Verabredungen. Hier steht's. Ueberzeugen Sie sich selbst. Wir erhalten 80 000 Mark im Monat vom Reich.

Der erste D. A. Z.-Redakteur liest. Der regierungsfreundliche Steuerzahler beugt sich über seine Schulter und liest mit.

Der Steuerz.: Aber das ist ja unerhör! Das ist ja eine Schmach! Das ist ja eine Nichtsnutzigkeit! Was fällt dieser D. A. Z.-freundlichen Regierung denn ein! Das ist ja eine Ungehörigkeit! Das hat es ja in der Geschichte noch nicht gegeben!

Der erste D. A. Z.-Red.: Was schimpfen Sie auf die Regierung, wo Sie sich doch als ihr Freund ausgegeben haben! Querulant, der Sie sind! Sehen Sie mich an! Ich bin nun kein Freund von der Regierung. Aber das führt doch nun nicht dahin, daß ich alle ihre Handlungen mißbillige. Sie hat recht, wo sie recht hat.

Die Proteste gegen das Schund- und Schmutzgesetz. Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge verbreitet eine Denkschrift über das Schmutz- und Schundgesetz, in der er nur geringe Änderungen vorschlägt, sonst aber auf das entschiedenste für das Gesetz eintritt. Wir erhielten von verschiedenen sozialdemokratischen Mitgliedern des Vereins Proteste gegen diese Aktion des Vereinsvorsitzenden. Der Hauptausschuß der Arbeiterwohlfahrt ist vor der Verbreitung der Denkschrift nicht um seine Zustimmung gefragt worden, er hat dem Aufruf gegen das Gesetz bereits vor Wochen mit unterzeichnet.

Die Versammlung des Deutschen Pazifistischen Studentenbundes, die am 24. November im ehemaligen Herrenhause tagte, erhebt schärfsten Protest gegen den „Gefehentwurf zum Schutze der Jugend vor Schmutz und Schund“ und erstürzte diesen Entwurf für eine unerträgliche Bevormundung des Besteslebens.

Wird Mussolini seinen Vornamen ändern? Mussolini ist ein Allermelster! er lehnt nicht nur Attentate und Losschläge in Szene, sondern gibt der Welt auch zu lachen. Bekanntlich ist der Vielbeschäftigte, nachdem Federzoni ausgeschieden worden ist, nun auch noch sein Innenminister geworden, — womit er jetzt glücklich sieben Ministerien dem Namen nach inne hat! — und als solcher hat er eine Verordnung erlassen, die Standesbeamte mit schwerer Strafe bedroht, die bei der Aufnahme von Neugeborenen Namen zulassen, die im katholischen Kalender nicht zu finden sind. Man darf demnach in Italien nur noch Vornamen besitzen, die im Kalender der katholischen Kirche verzeichnet sind. Das Eigentümliche dabei ist, daß Herr Mussolini selbst sich Benito nennt. Einen Heiligen Benito gibt es aber nicht. Benito ist der Name eines italienischen revolutionären Abenteurers, der sich seinerzeit nach Mexiko begab, um dort Revolution mitzumachen. Mussolinis Vater, der selbst Revolutionär war, gab seinem Sohn den Namen dieses Benito. Da der Name im katholischen Kalender

vergebens gesucht wird, darf man ja wohl erwarten, daß der Diktator Italiens seinen Vornamen ändern wird. Außerdem hat er seiner Tochter einen — germanischen Vornamen gegeben, nämlich Edda, der alles andere als katholisch ist; die Tochter wird also dem Beispiel ihres Vaters folgen und ihren verpönten Namen ebenfalls austauschen müssen.

Der Stand der deutschen Buchproduktion. Der deutsche Büchermarkt zeigt in dem letzten Monat, für den die Statistik abgeschlossen ist, im August, wiederum einen beträchtlichen Rückgang der Produktion. Das ist um so auffälliger, als die Zahlen nach wiederholtem Sinken im Juli einen Aufschwung genommen hatten. An Neuerscheinungen kamen im Juni heraus 1685, im Juli 2120, im August nur noch 1536. Die Zahl der Neuauflagen stieg im Juli von 466 auf 533 und sank im August wieder auf 339. Von dem Rückgang sind so gut wie alle Teile des deutschen Buchverlages betroffen. Daß der verlegerische Wagemut trotz der schlechten Zeiten aber noch fortbesteht, geht aus der Tatsache der Auflagenerhöhungen von über 10 000 Stück hervor: im Juli wurden zwölf Werke solcher Höhe, im Juli vierzehn, im August immer noch acht auf den Markt gebracht.

Ein neues Reflektoskop. Amerikanische Astronomenfreunde unter Führung von Professor Russell planen die Erbauung eines neuen Reflektoskops, das mit einem Spiegeldurchmesser von 25 Fuß alle anderen bisher gebauten Teleskope weit übertreffen soll. Es würde eine Durchforschung des Himmelsraumes in dreimal größerer Entfernung erlauben, als mit den heutigen Mitteln möglich ist, d. h. man würde einzelne Sterne noch in Entfernungen von 6 bis 8 Millionen Lichtjahren fotografieren können, wo man heute auf 2 bis 3 Millionen Lichtjahre beschränkt ist. Ferner würde ein solches Teleskop vermutlich endgültig Klärung der Streitfrage über den Mars bringen. Allerdings bestehen noch Schwierigkeiten, den notwendigen Betrag zu beschaffen, der auf 12 Millionen Dollar geschätzt wird.

Vorträge. Die Gemeinnützige Vereinigung zur Pflege Deutscher Kunst (Berliner Abend) veranstaltet zugunsten der Sonntagkonzerte für die Strafgefangenen am 27. Nov. einen Vortrag des Professors Wilhelm Doegen über „Stimmen der Völker“ mit Laut- und Lichtdemonstrationen.

Ein Beethoven-Jubiläumserlebnis wird in Wien vom 26. bis 31. März 1927 unter dem Protektorat des Bundespräsidenten veranstaltet. Bund und Staat haben sich vereinigt, um den Wälden eines des Meisters würdige Feier zu bieten, die internationalen Charakter tragen wird.

Entwürfe für neues Silbergeld. Am 24. November hat das Preisgericht für den vom Reichsfinanzminister ausgeschriebenen Wettbewerb um Entwürfe für Silbergeld 7 Preise erteilt.

Ein Buchdrucker-Meisterkurs wird am 1. Februar 1927 in München unter Leitung des bekannten Graphikers Kemmer eröffnet werden. Der Verein Deutscher Buchdrucker hat 100 000 M., der Bayerische Staat 50 000 M. für das Unternehmen gestiftet. Die Stadt München stellt die erforderlichen Räume zur Verfügung und übernimmt die gesamten Betriebskosten.

Millionenpreise für Gemälde. Die Londoner Auktion alter Meister hat Rekordpreise gebracht. Ein Bild von Thomas Lawrence wurde für 7400 Guineen (über 14 Millionen Mark), Gainsboroughs „My Tatton“ für 4400 Guineen verkauft.

## Der Polkwitzer Springer.

Der Rufferrichter wegen Beleidigung zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt.

Rechtlich haben wir uns schon mit einem besonderen Exemplar von Richter, dem Amtsgerichtsrat Dr. Springer in Polkwitz beschäftigt. Springer hat es nicht nur fertig gebracht, die ständischsten Urteile gegen Landarbeiter zu fällen und in der Begründung die hohen Strafen wegen ihrer Zugehörigkeit zu linksstehenden Organisationen begründet, er hat auch in einem anderen Urteil den Reichs- und Landtag beleidigt. Neben seiner Tätigkeit als Richter war er Großmeister des Jungdeutschen Ordens. Als solcher führte er ein „Mussolin“-Regiment. Wer nicht seiner Anschauung war, war sein Feind. Eines Tages schrieb er an ausgetretene Mitglieder der Gefolgshaft Oberjunge Briefe scharf beleidigenden Inhalts. Eines dieser ausgetretenen Mitglieder stellte Strafantrag wegen Rötigung und Beleidigung. In der am 11. September stattgefundenen Verhandlung vor dem Schöffengericht Glogau wurde der famose Richter freigesprochen. Man sprach ihm den Schutz des § 193 Strafgesetzbuches zu. (Wahrung berechtigter Interessen.) Wegen dieses Urteils legte die Staatsanwaltschaft Glogau Berufung ein.

Am 24. November erfolgte vor der großen Strafkammer des Landgerichts Glogau die Berufungsverhandlung. Die Zeugen erklärten durchweg, daß sie sich durch den erhaltenen Brief beleidigt fühlten. Der Staatsanwalt plädierte auf Rötigung und Beleidigung. Er erachtet jedoch die Handlungen als eine einheitlich begangene. Unzweifelhaft hatte die Beweisaufnahme ergeben, daß einige Mitglieder sühnungsgemäß ausgeschieden sind. Somit hatte der Angeklagte kein Recht mehr gehabt, sie mit Zwangsmassnahmen zu belegen. Sein Antrag ging dahin, den Angeklagten wegen vollendeter Rötigung in Tateinheit mit versuchter Rötigung und Beleidigung in einem Falle zu 60 M. Geldstrafe zu verurteilen. Der Verteidiger des Angeklagten beantragte die Verwerfung der Berufung und die abermalige Freisprechung des Angeklagten. Das Gericht fällt nach etwa zweifelhafte Beratung folgendes Urteil:

Das Urteil des Schöffengerichts vom 11. September 1926 wird aufgehoben. Soweit sich die Anklage auf Rötigung bezieht, muß Freisprechung erfolgen, da dem Angeklagten die vorgeworfene Rötigung nicht erwiesen ist. Jedoch ist wegen Beleidigung des Lehrers Strempel der Angeklagte zu bestrafen. Schon die bedingte Unterstellung einer Beleidigung ist strafbar. Der Schutz des § 193 steht dem Angeklagten nicht zur Seite, da er nicht mehr das Recht hatte, einem ausgetretenen Mitgliede derartige beleidigende Äußerungen in dem Briefe vorzuwerfen. Was das Strafmaß anbelangt, so ist auf eine niedrige Strafe erkannt worden, da der Angeklagte aus edlen Motiven heraus gehandelt hat. Der Angeklagte wird daher wegen Beleidigung des Lehrers Strempel zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. Im Nichtbeitreibungsfalle an deren Stelle ein Tag Haft tritt.

Das Urteil ist sehr milde ausgefallen. Man darf neugierig sein, wann man von neuen „Edlen“ Laten des Springers von Polkwitz hören wird.

## Die Verwaltung der Reichsbahn.

Luther aus dem Verwaltungsrat ausgelöst.

In der letzten Sitzung des Verwaltungsrats der Reichsbahn fand die statutenmäßig festgesetzte Ausschluss von sechs Mitgliedern statt. Das Los traf u. a. das erst vor kurzem von der Reichsregierung ernannte neue Mitglied Dr. Luther, den jetzigen Präsidenten des Verwaltungsrats v. Siemens, den Oberpräsidenten des Verwaltungsrats v. Siemens, den Oberpräsidenten Batschi. Das Mandat der Ausgelosten läuft mit dem Ende des Jahres.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, soll die Reichsregierung die Absicht haben, das Mandat der Ausgelosten zu verlängern. Danach würde also Herr Luther, der sich seit Monaten in Südamerika aufhält, auch weiterhin Verwaltungsrat der Reichsbahn bleiben.

Noch eigenartiger mutet es an, daß man auch daran denkt, Herrn von Siemens der Reichsbahn zu erhalten. Wir wollen die Verdienste des Herrn von Siemens nicht schmälern. Wir meinen die materiellen Verdienste; von anderen können wir nicht gut reden. Es ist kein sonderliches Verdienst, in ein großes Vermögen und in den Besitz eines großen Unternehmens hineingeboren zu sein. Die materiellen Verdienste des Herrn von Siemens aber werden durch den Verlust eines Jahreseinkommens von 60 000 M. gewiß kaum berührt, denn was Herr von Siemens allein an der Reichsbahn „verdient“, übersteigt dieses Einkommen sicherlich nicht unerheblich. Wenn das Los dem Skandal ein Ende machte, daß der Vorgesetzte des Verwaltungsrates gleichzeitig der größte Lieferant der Reichsbahngesellschaft ist, dann sollte sich jedermann darüber freuen, daß Herrn Siemens endlich Gelegenheit gegeben wird, sich mehr mit dem Konzern zu beschäftigen, an dessen Spitze er steht und der allein hunderttausend Arbeiter beschäftigt. Soweit natürlich die verschiedenen anderen Aufsichtsratsposten Herrn v. Siemens Zeit dazu lassen. Geld hat er auch ohne die 60 000 M. genug.

Rio de Janeiro, 25. November. Dr. Luther unternimmt zurzeit einen mehrtägigen Rundflug durch Brasilien; er wurde überall von den brasilianischen Regierungsvertretern und von den deutschen Kolonien herzlich begrüßt.

## Kampf um das Arbeitsgericht.

Veränderungen im sozialpolitischen Ausschuss.

Am Donnerstag wurde die Reichsregierung im sozialpolitischen Ausschuss bei der Weiterberatung des Arbeitsgerichtsgesetzes, abgesehen vom Zentrum, wiederholt und abwechselnd von den eigenen Regierungsparteien im Stich gelassen. Zunächst machte sich die Deutsche Volkspartei in Gemeinschaft mit den Deutschnationalen noch einmal stark, um die Gerichtsbarkeit in Arbeitsfällen vollkommen den ordentlichen Gerichten auszuliefern. Die Regierungsparteien blieben indessen in der Minderheit. Die Anträge, die von den gleichen Parteien kamen, um die Erstinstanzigkeiten von den Arbeitsgerichten wegzunehmen, wurde zurückgestellt, weil die Gewerkschaften der Techniker nochmals gehört werden sollen. Gegenüber dem Antrag der Sozialdemokratie auf Einbeziehung der Schiffsbesatzungen machte die Regierung geltend, daß diese ganze Materie in der in Vorbereitung befindlichen Seemannsordnung geregelt werden soll; eine Abstimmung ist auch hier noch nicht erfolgt.

Ein Antrag der Regierungsparteien, Streitigkeiten von wirtschaftlichen Vereinigungen mit ihren Mitgliedern aus der Zuständigkeit der Arbeitsgerichte herauszunehmen, wurde mit Mehrheit angenommen. Ein sozialdemokratischer Antrag, Streitigkeiten aus § 68 des Reichsverordnungs-Gesetzes und des Schwerbeschäftigten-Gesetzes einzubeziehen, fand seine Erledigung in einer Regierungserklärung, dahingehend, daß alle Lohnfragen, auch soweit es sich um Kriegsbeschädigte handelt, unter die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte fallen. Zu § 8 stimmten Bawerische Volkspartei, Bawische und Kommunisten gemeinsam für die Uebernahme aller Kosten auf das Reich, obwohl die

# Um die Aufhebung der Militärkontrolle

### Kein Fortschritt der Verhandlungen.

Paris, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Besprechungen über die Aufhebung der Militärkontrolle, zu denen der deutsche Botschaftsrat Torsler nach Paris gekommen ist, haben noch nicht zu einem nennenswerten Ergebnis geführt. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Lösung dieser Frage, die im Prinzip bereits vor längerer Zeit geregelt schien, in Paris neuerdings verschleppt wird. Dafür soll nicht ohne weiteres Briand verantwortlich gemacht werden. Es ist sicher, daß Briands Verständigungswille durchaus ehrlich und rüchhaltlos ist. Das Ergebnis bleibt allerdings dasselbe, was auch verantwortlich dafür ist, daß die Verhandlungen von Thoiry an einem toten Punkt angelangt, ja so verfahren sind, daß man um die Entwiklung der deutsch-französischen Verständigung ernstlich besorgt sein darf. Der deutschen Regierung einen Vorwurf für die bisherige Erfolglosigkeit der Verhandlungen machen zu wollen, wie das die Pariser Blätter mit einer auffallenden Einmütigkeit, der „Temps“ an der Spitze, versuchen, ist umso weniger angebracht, als gerade aus einem „Temps“-Artikel am Donnerstag abend deutlich hervorgeht, daß der französische Widerstand gegen die Abberufung der Militärkontrolle lediglich darauf berechnete ist, einen Druck auf die deutsche Regierung auszuüben, um sie in der Interpretation des Versailles Artikels 213 gefügig zu machen.

Völker Träger der neuen Gerichtsbarkeit sind. Diese sonderbare Koalition blieb in der Minderheit.

Eine recht lebhaft Debatte lösten alsdann die Demokraten, vertreten durch Abg. Dr. Fischer aus, indem sie mit aller Leidenschaft entgegen den Beschlüssen erster Instanz die Zulassung der Rechtsanwälte in erster Instanz für alle berufsuntfähigen Straffälle und den Rechtsanwaltszwang in zweiter Instanz forderten. Abg. Aufhäuser (Soz.) konnte nachweisen, daß dieser Antrag für die Arbeiter und Angehörigen noch schlimmer wirken müßte als eine generelle Zulassung der Rechtsanwälte. Die von Dr. Fischer verlangte Bestimmung würde dazu führen, daß die Unternehmer schon bei Beginn eines Streitfalles möglichst hohe Streitsummen angeben, auch wenn nachher eine Herabsetzung derselben festgestellt werden muß, um eben in jedem Falle einen Rechtsanwalt hinzuziehen zu können, während dem Arbeitnehmer das Geld für einen solchen Rechtsbeistand fehlt. Er wandte sich mit aller Entschiedenheit gegen die Zumutung, daß in zweiter Instanz bei dem gemühten Rechtsanwaltszwang die wirtschaftlichen Verbände nur noch angehört werden sollen. Es zeige gerade nicht von besonderem demokratischen Gesinnung, daß ausgerechnet die Partei des Abg. Dr. Fischer glaube, den Artikel 165 der Reichsverfassung umwickeln zu können. Auch der Vertreter der preussischen Regierung setzte sich mit allem Nachdruck für den deutschnationalen Antrag ein, der in diesem Falle in wesentlichen dem Inhalt des demokratischen Antrags entsprach. Die Arbeitnehmervertreter der Demokratischen Partei waren diesmal nicht anwesend. Die Deutschnationalen, Demokraten und Deutsche Volkspartei blieben aber erfreulicherweise in der Minderheit. Von den Regierungsparteien war auch in dieser entscheidenden Abstimmung nur noch das Zentrum für die Vorlage der Regierung eingetreten.

Bei § 12, der die Gebühren regelt, ist gegen die Stimmen der Arbeiterparteien eine wesentliche Verschlechterung beschlossen worden, und zwar derart, daß die billigen Gebühren des Arbeitsgerichts nur noch in der unteren Instanz Geltung behalten, in der Berufungs- und Revisionsinstanz jedoch das allgemeine Gerichtsverfahren maßgebend sein soll. Die Rechtsparteien verhielten sich bei den Bestimmungen über die Verwaltung und die Dienstaufsicht die Mitbestimmung der wirtschaftlichen Verbände, wie sie in erster Instanz beschlossen war, wieder umzustößen, konnten aber keine Mehrheit auf ihren Antrag vereinigen.

## Terror über Italien.

Neue Schandtat.

Man berichtet uns aus Italien: Seitdem die Faschistenbanden wieder losgelassen sind, ist der frühere Rechtsanwalt Salvadori Toskana verschwunden. Bisher hat noch kein faschistisches Blatt es gewagt, dieses „Verschwinden aus dem Versteck“ irgendwie zu erwähnen. Salvadori sah ahnungslos in seinem Arbeitszimmer, um eine Stroffache zu bearbeiten, die am nächsten Tage vor dem Gericht in Biareggio verhandelt werden sollte. Ein junger Mensch, der vorgab, in dieser Sache dringende Mitteilungen machen zu können, wurde in das Arbeitszimmer eingelassen und feuerte bei seinem Eintritt sofort auf Salvadori, der getroffen auf seinen Schreibtisch fiel. Gleichzeitig stürzten sich zehn andere Missetäter in den Raum und bearbeiteten das Opfer, als sie es noch lebend voranden, mit ihren Messern, bis es tot war. Der Leichnam des Ermordeten ist auf die schändlichste Weise verstümmelt worden.

In Neapel wurde der 14jährige Sohn unseres Genossen Professor Arturo Cabriola von den Faschisten im Hause seines Vaters unbekleidet angetroffen und in diesem Zustande durch die Straßen der Stadt gepöbelt.

Der berühmte Historiker Guglielmo Ferrero sollte an der Universität von Genf einige Vorlesungen halten. Mussolini hat angeordnet, daß ihm der Paß verweigert wird und läßt den Gelehrten auf Schritt und Tritt bewachen.

Aufgebracht darüber, daß die Zustände in Italien trotz aller Gegenmaßnahmen im Zustande bekamt werden, hat Mussolini die strengsten Ueberwachungsmaßnahmen für sämtliche Grenzbahnhöfe erlassen und den Abzug sämtlicher fliegenden Brieftauben in den Grenzdistrikten angeordnet. In der Tat halten jetzt die Grenzgebirge wider von der staatlichen Brieftaubenjagd.

Seit einigen Tagen ging in Rom das Gerücht, daß der neue Unterstaatssekretär für das Luftfahrwesen, Italo Balbo, Befehl erhalten hat,

Sonderapparate erbauen zu lassen, die im Falle des faschistischen Zusammenbruches der Flucht Mussolinis dienen sollen.

Dieses Gerücht erhält nunmehr offiziellen Ansdruck durch eine amtliche Bekanntmachung, nach der auf Initiative Balbos die neue Flugabteilung P. eingerichtet worden ist, sie soll aus Apparaten verschiedener Modelle gebildet werden, die zur ausschließlichen Verfügung der Regierungsmitglieder und derjenigen stehen sollen, die unter besonderen Umständen zu einer Luftreise gezwungen werden.

## Ein Hilferuf.

Ein großer italienischer Gelehrter, dessen Haus von den Faschisten völlig zerstört wurde, und der sich allen Gewalttaten der faschistischen Brutalität ausgesetzt sieht, hat über die Schweiz einen ergreifenden Brief gerichtet, für den folgende Auszüge sprechen mögen. Er schreibt:

Der „Temps“ bestreitet zunächst die Richtigkeit der Vermutung, die Dr. Stresemann im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages ausgesprochen hat, daß Frankreich das Ende der interalliierten Militärkontrolle von der vorherigen Regelung des Investitionsrechtes des Völkerbundes abhängig machen wolle. Das Blatt fügt aber sofort hinzu, „es liegt auf der Hand, daß die Alliierten das absolute Recht besitzen, Vorsichtsmassregeln zu ergreifen, damit keinerlei Unterbrechung zwischen der Kontrolle der Kommission und dem normalen Funktionieren der Völkerbundskommission erfolge. Es erscheint keineswegs wünschenswert, daß die Mission der Interalliierten Kommission zu Ende gehe, bevor die Frage des Investitionsrechtes endgültig geregelt sei.“ Diese Regelung bescheide übrigens seit 1924 und sei jederzeit Deutschland mitgeteilt worden, das nur einige prinzipielle Vorbehalte erhoben habe. Die Senfer Besprechungen würden vielleicht Gelegenheit geben, eine Formel zu finden, um die unbedingte Notwendigkeit einer wirksamen Kontrolle mit dem Wunsche in Einklang zu bringen, „die deutsche Eigenliebe zu schonen“.

Man müsse aber in Berlin verstehen, daß das Investitionsrecht unter Bedingungen ausgeübt werden müßte, die der allgemeinen Sicherheit die weitestgehenden Garantien bieten.

„Die Lage der Gebildeten in Italien muß heute als rein menschliches Problem betrachtet werden. Tausende und aber Tausende von Italienern, Gelehrten, Professoren, Schriftstellern, Politikern usw., befinden sich, eines Nichts angeklagt, in ständiger Lebensgefahr. Ihre Häuser sind überfallen worden und sie haben nicht einmal die Möglichkeit, irgendwelche Arbeit zu finden. Man sieht bereits eine ganze Anzahl von Gelehrten, die sich dem Faschismus nicht haben verschreiben wollen, in die Sorge um das tägliche Brot für die Familie verstrickt.“

„Diese Gebildeten, die durch Temperament, Erziehung und ihre soziale Stellung gegen jede Gewalt sind, möchten sich ins Ausland begeben, um leben zu können. Aber man verweigert ihnen die Ausreisepässe und erklärt, sie müßten als Geiseln zurückbleiben und mit ihrem Leben nicht nur für jeden Angehörigen des Faschismus, sondern auch für jedes — geschickt inszeniertes Attentat einstehen, das man erfinden würde.“

„Wir sind in der Lage der Armenier zur Zeit Abdal Hamids.“ „Ist es denkbar, daß diese menschliche Tragödie in Europa unbekannt bleibt?“

„Die Armenier haben einen Gladstone gefunden. Und wir?“

## Kritik an der Reichskonferenz.

Witers Titelsorgen — Australiens Bundesproblem. Indiens Unzufriedenheit.

Die in London versammelten Ministerpräsidenten der Dominien haben sich durchweg höchst befriedigt über die Neuordnung des Verhältnisses zum englischen Mutterland gezeigt. Im Unterschied dazu ist in mehreren Teilen des Weltreiches lebhaft Kritik laut geworden.

In Ulster, dem nicht zum katholischen irischen Freistaat gehörenden nördlichen protestantischen Teile der Insel, hat man sich über die Änderung des Titels seiner königlichen Majestät aufgeregt. Weil der Titel „König der Vereinigten Königreiche“ (nämlich England, Schottland und Irland) abgeschafft wurde, da eben Irland selbständig geworden ist, und weil der König als König von Irland bezeichnet worden ist, haben die Ulsterleute befürchtet, daß damit eine Unterordnung Ulsters unter den irischen Freistaat gemeint sei. Nach einer sehr lebhaften Kabinettsitzung ist deshalb der Ministerpräsident von Ulster nach London gefahren, um eine derartige Entwicklung zu beschwören. Den neuesten Nachrichten zufolge ist es gelungen, ihn zu beruhigen und davon zu überzeugen, daß in dem Königtitel Irlands nur die geographische und keineswegs die staatsrechtlich-politische Einheit gemeint, Ulsters Selbständigkeit also keineswegs angetastet worden sei.

Die australische Kritik gegen die Konferenzergebnisse stammt aus derselben Quelle föderalistischen Unabhängigkeitsdranges. Nach den neu aufgestellten Grundsätzen nämlich sollen die Generalgouverneure der Dominien nicht mehr Vertreter der englischen Regierung, sondern nur noch der britischen Krone sein. Die Stellung der Ministerpräsidenten der Dominien werden dadurch dem König direkt verantwortlich, ihre Stellung also erhöht. Das rief in Australien, das ja ein Bundesstaat ist, die Opposition der einzelnen australischen Länder hervor, die durch die Erhöhung der Ministerpräsidenten des Bundes ihre eigene Würde herabgedrückt glauben. Aber zweifellos werden sich die Bayern Australiens mit dieser Entwiklung abfinden.

Eine weitaus schärfere Opposition gegen die Ergebnisse der Reichskonferenz kommt aus Indien. Die indische öffentliche Meinung wendet sich ganz überwiegend gegen die Gleichstellung der Dominien mit dem Mutterland. Indien, das ja den Rang eines Dominions nicht hat, wenn es auch an der Reichskonferenz teilnahm und Völkerbundsmitglied ist, fürchtet nämlich, „in Zukunft die Unterebene in einem Haushalt mit sechs Herrinnen, statt wie bisher mit einer zu sein.“ Indien weiß nämlich, daß England, wenn auch oft vergeblich, so doch jedenfalls versucht hat, seine indischen Untertanen gegen die oft grausamen und immer harten Maßnahmen der Dominien zu schützen. Die Selbstständigkeit der Dominien gegenüber England bedeutet daher für Indien, daß es nicht mehr nur England, sondern allen sechs Dominien untertan sein wird.

## Parlamentsfeind Pilsudski.

Der Sejm wird nicht unterrichtet.

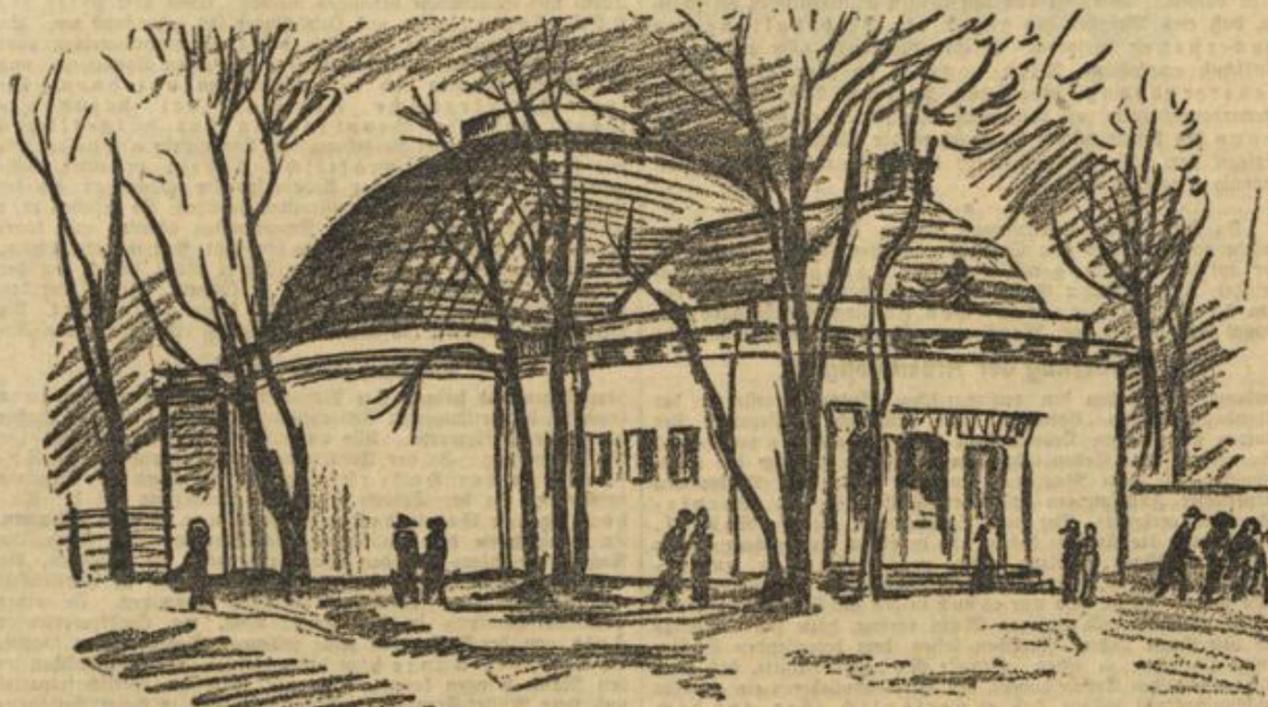
Warschau, 25. November. (DG.) Im Parlament wird lebhaft Klage darüber geführt, daß der Sejm über die Außenpolitik völlig uninformiert bleibt. Die Unzufriedenheit hat bereits dazu geführt, daß die Sozialistenkonferenz Dembell, den Vorsitzenden der Sejmkommission für Außenpolitik, ersucht hat, den Außenminister Jaleski aufzufordern, vor seiner Abreise nach Genf der Kommission eine Darlegung der gegenwärtigen Situation zu geben.

Marshall Pilsudski hat sich zu einer dreitägigen Militärinspektion nach Wilna begeben. Vor seiner Abreise hatte er eine Besprechung mit dem Außenminister, der ihn über die Vorbereitungen für die Dezemberberatung in Genf berichtete. Polens Gesandter in Riga, Lukasiewicz, begleitete Pilsudski bis Wilna, von wo er auf seinen Rigoer Posten zurückkehrte.



# Die Sternenglocke am Zoo.

Sonnabend Eröffnung des Planetariums der Stadt Berlin.



Gegenüber dem Bahnhof Zoo, in gleicher Höhe mit dem Haupteingang des Zoologischen Gartens, gestreift von den ersten Bäumen des Tiergartens, erhebt sich jetzt vollendet die Kuppel des neuen Planetariums. Braunrot lasierte Schindeln decken es, und auch die niedrigen Mauern sind aus Verblendsteinen in dieser Farbe gehalten. Die Arkade, das Eingangsportal, zeigt in erhabenen würdigen Formen Keramiken mit den Symbolen der Himmelskunde. Wer hineinkommt, sieht sich, nachdem er die kleine grün getünchte Vorhalle durchschritten hat, in einem runden Saal, den eine Kuppel in mächtiger Weite überspannt. Die Mitte nimmt der Wunderapparat ein: ein hohes Eisengerüst, das eine Maschinerie von seltsamen Formen trägt, einem Kanonenträger nicht unähnlich, aber an beiden Enden ausbalanciert von mächtigen Rädern, die die Projektionsapparate für den nördlichen und südlichen Himmel enthalten. Das ganze phantastische Instrument vermag 3400 Sterne, jeden mit seinen besonderen Eigenschaften, auf dem Inneren der großen Kuppel wiederzugeben. Rund um das Instrument ist das Gefühl für die Besucher geordnet.

Und dann sieht man und sieht es dunkler und dunkler werden. Das Licht, das aus einer verdeckten Quelle strömt, nimmt sichtlich ab, aber es dauert doch an 2 bis 3 Minuten, bis es ganz finster ist, bis tiefe Schwärze die Kuppel erfüllt. Ein leises Surren, und wenn man aufblickt, ist scheinbar die Kuppel fort, wie von einer unsichtbaren Hand abgehoben, beiseite gelegt, und der klarste und wunderbarste Nachthimmel ist über einem. Die Sterne glimmern lichter und dunkler, je nach den Lichtjahren, die sie von uns trennen, und mitten durch diesen Himmelszauber schwingt sich die Milchstraße. Und nun ist man auch heimlich hier und findet sich schnell zurecht: da ist der große Bär und da der kleine, da das Sternbild des Stieres und der Zwillinge. Und wie das Wunder andauert, beginnt sich neues zu vollziehen. Man weiß plötzlich nicht mehr, bewegt man sich selbst durch den Himmelsraum oder sieht man da noch

irgendwo zwischen Tiergarten und Zoo. Die Welten beginnen zu kreisen, und die Planeten ziehen ihre Bahn. Der Mond geht geruhlos dazwischen spazieren, und die Sonne braucht nicht vom Ausgang zum Untergang dieses Gewirbel am Leben zu halten. Das ganze Himmelsgewölbe scheint in Aufruhr. Und doch ist es nur der Lauf der Sonne im Zeitraum eines Jahres, verdrängt auf vier Minuten. Und wenn es dem Meister am Vortragstisch gefällt (es ist der Leiter des Planetariums Dr. Wegener), so kann er das Jahr sich in einer Minute abspielen lassen oder sogar schon in sieben Sekunden. Aber dann wirbelt es vor den Augen, dann rasen die Sterne und die Planeten spielen Circus. Zusammen fällt ein Netz von Meridianen über den Nachthimmel, das sind die gedachten Linien, mit deren Hilfe sich die Stellung der Sterne bestimmen läßt. Zahlen leuchten auf, und es wird uns erklärt, was ein Sternjahr ist und welche Sternzeit wir gerade haben. So sehen wir den Sternhimmel jeden Breitengrades, die Winternachtsonne im Polgebiet und die gestirnte Himmelkuppel des Äquators. Dann wird es langsam wieder Tag, so langsam wie es Nacht wurde, die Sterne verfließen mehr und mehr, das Wunder ist aus und wir sind wieder auf der Erde.

Bei der gestrigen Vorbestätigung durch die Presse hielt der Magistratskommissar Stadtrat Sencke eine Einführungsansprache, während Magistratsbaumeister Salinger einiges Interessante über den Bau des Hauses erzählte.

Vom Sonnabend, den 27. dieses Monats ab, wird das Planetarium auch dem Publikum zugänglich sein. Die Vormittage sind den Berliner Schülern zu kostenfreiem Besuch vorbehalten; drei Vorführungen täglich, abends von 8 bis 7 Uhr, 1/2 bis 9 Uhr und 9 bis 10 Uhr, sollen die Besucher in die Geheimnisse der Sterne einführen.

## Mustergültige Gefangenensfürsorge.

Das Bewußtsein von der Pflicht der Allgemeinheit den Strafentlassenen gegenüber gewinnt von Jahr zu Jahr an Boden. Zu gleicher Zeit erstarkt im Straßensystem das Bewußtsein, daß man ihm zu helfen bereit ist, und daß ihm geholfen werden kann. Das aber bildet die notwendige Voraussetzung für jede Entlassensfürsorge. Es wäre im Augenblick noch verfrüht, über die vorbeugende Bedeutung der Entlassensfürsorge ein Urteil zu sprechen: die Zentrale für Gefangenensfürsorge besteht erst seit zwei Jahren. Es viel steht aber fest: Sie hat bereits sehr vielen über die erste seelische und materielle Not nach der Rückkehr in die Freiheit hinweggeholfen, die guten Absichten, die im Gefängnis gefaßt wurden, nicht zu schanden werden lassen und neue Hoffnungen entfacht.

Wie bereits mehrmals im „Vorwärts“ erwähnt wurde, ist die Zentrale für Gefangenensfürsorge in der Brunerstraße der Idee nach nur eine Durchgangsstelle. Die eigentliche Fürsorgetätigkeit wird in der Hauptsache von den Bezirksämtern ausgeübt. Es ist an dieser Stelle auch die Ansicht vertreten worden, daß die Dezentralisierung der Gefangenensfürsorge eine Gefahr bedeuten könne. Doch will es scheinen, daß dieser Standpunkt unter gewissen Umständen torrigiert werden muß. Den Beweis dafür liefert die Arbeit des Bezirksamts Kreuzberg. Dieses Bezirksamt hat als erstes einen Gefangenensfürsorger im Hauptamt angestellt, der gemeinsam mit einer bezahlten, von der Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen Wohlfahrtspflege empfohlenen Fürsorgerin die Hilfsstätigkeit ausübt. Diese ist jedoch nicht allein materieller Natur. Das Bezirksamt Kreuzberg hat auch als erstes das System der freiwilligen Helfer in weitestem Maße ausgebaut. Etwa 124 Helfer aus allen Ständen haben sich zur Mitarbeit gemeldet. Je nach dem Wohnort des Straftatlassenen oder je nach dem individuellen Fall erhält der eine oder der andere Helfer die Akten zugesandt und betreut seinen Schützling. Alle 10 bis 14 Tage berichtet er dem Bezirksamt über den Gang seiner Arbeit. Auch Konferenzen werden periodisch abgehalten, auf denen jeder Fall einzeln besprochen wird. Die Helfer zeigen für ihre Tätigkeit das größte Verständnis. Das beweist das Vertrauen, das die Straftatlassenen ihnen entgegenbringen und die Erfolge, die sie aufzuweisen haben. Die übrigen Bezirke sind dem Beispiel des Amtes Kreuzberg nur in geringem Grade gefolgt. Auch gibt es nirgends wie hier eine Gefangenensfürsorge im Hauptamt. Der Weg, den das Bezirksamt Kreuzberg gegangen ist, erscheint aber zweifellos als der einzig gangbare. Allein die Teilnahme der weitesten Kreise der Bevölkerung an der individuellen Betreuung der Strafentlassenen macht eine wahre Hilfe möglich. Selbstverständlich wird es stets Fälle geben, bei denen sie sich als unzulänglich oder wirkungslos erweisen wird. Die weitere Forderung wird sein, daß die Entlassensfürsorge bereits im Gefängnis beginnt und daß der Helfer die Möglichkeit erhält, seinen Schützling schon hier einige Zeit vor der Entlassung kennenzulernen. Die Tätigkeit des Bezirksamts Kreuzberg sollte aber für alle diejenigen ein Ansporn sein, die in sich die Berufung und den Willen verspüren, sich in tätiger Liebe den Mitbürgern zur Seite zu stellen, die das Unglück hatten, in dieser schweren Zeit mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten und mit dem Gefängnis Bekanntschaft zu machen.

## Neue Wohnungen im Westen.

Die „Wohnhaus-Grundstücks-Verwertungsgesellschaft“ betreibt am Kurfürstendamm, zwischen der Albrecht-Straße und der Cicerostraße ein Bauvorhaben, das die Bauhütte Berlin ausführt. Bis zum Herbst nächsten Jahres sollen 300 Wohnungen entstehen. Gestern zeigte man geladenen Gästen zwei Musterwohnungen in natürlicher Größe, die besser als Pläne, Zeichnungen und Photographien die Größe der entstehenden Wohnungen und die Größe und Anordnung der Zimmer und des Nebengerätes demonstrierten. Danach baut man Zweieinhalb- und Dreieinhalb-Zimmerwohnungen. Die Räume sind größer als die in Stedlungs- und Einfamilienhäusern gewohnten; vorhanden sind: Kellert, Bad mit eingetragenen Radelbadewannen und Badstisch, Speisekammer; das „halbe Zimmer“ ist etwa als Kinderzimmer gedacht. Elektrisches Licht, Warmwasser und Heizung ist vorgesehen. Die Musterwohnungen hatte die Möbelfirma Pfaff entsprechend möbliert — Die Gesellschaft verlangt pro Zimmer einen Baukostenzuschuß von 700 M. Der kann abgezahlt werden, allerdings vor Bezug der Wohnung. An Miete kostet das Zimmer 600 M. im Jahre. Für eine Zweieinhalb-Zimmerwohnung hätte der Reflektant zunächst also 1750 M. Baukostenzuschuß zu erlegen und monatlich 125 Miete zu zahlen. Ueber die Preise der Möbel wollen wir schweigen.

Unter diesen Umständen will uns die soziale Bedeutung der Gesellschaft und ihres Bauvorhabens nicht recht einleuchten.

## Die Wunder der Klara van Haag.

22] Von Johannes Buchholz.

Aus dem Dänischen übersetzt von Erwin Magnus.

„Ist es der Schnitt, der der gnädigen Frau nicht gefällt?“  
 „Ja, auch der Schnitt... Aber Sie sagten ja, Sie hätten noch andere. Es kann einem ja nicht alles gleichgut gefallen. Nicht wahr?“

„Darf ich die beiden anderen aus dem Fenster holen?“  
 „Nein, danke — die sah ich ja von draußen...“

Lund wurde innerlich wütend. Auf dem Lager hatte er nur Mäntel von der ewig gleichen Häßlichkeit, die der Landbevölkerung am besten gefallen. Die drei im Laden waren keine Auswahl für die Stadt — und jetzt rümpfte dieser freche fremde Vogel über sie alle die Nase. Was versteht sie von schäuder Bildung und Geschmack! Er wollte es ihr zeigen! Er sagte gleichsam bei sich: „Das trägt man nicht mehr, glatt hier vorn. Man trägt es mit hauchdünnem Vusen. Das trägt man auch nicht, die kurzen Jacken. Man trägt sie halblang.“

Es blühte wirklich auf in den Augen der Gnädigen. Sie merkte, daß der kleine Mann in seiner Seele ein korrektes Bild von ihrer kleinen weißen Jacke geprägt hatte, die übrigens auch vor einem Jahr in Brüssel gekauft war.

Lund fing den Blick auf; er nickte und ging weiter: „Das trägt man nicht, niemand geht damit in Kopenhagen oder sonstwo. Niemand. Der Reisende sagte es selbst. H. P. Sörensen. Ich weiß nicht, ob gnädige Frau ihn kennen? So, nicht. Ja, er sagte: Lund muß immer das feinste und festeste bekommen, was wir haben! Das sagte Sörensen. Das sagt er jedesmal. Er kennt mich. Offen gestanden, Frau Haag — Frau van Haag müßte ich sagen — ich dachte an Sie, als ich den hier wählte. Es ist der festeste in der ganzen Stadt. Sie sollen ihn für 50,95 haben. Sie haben eine reizende Figur, Frau Haag. Es wäre eine wirkliche Reklame für mein Geschäft.“

Nach Frauenart hatte Frau Klara längst vergessen, wie und warum sie hereingekommen war. Jetzt stand sie in einem Laden, und da war es wohl ihre Pflicht, etwas zu kaufen.

„Aber daß ich das schreckliche Ding nehme, dazu kriegen Sie mich nicht!“

Lund wurde jetzt, als er das Uebergewicht erhalten hatte, ganz mild und fügsam.

„Tut nichts,“ sagte er. „Wir wählen ein anderes nach dem Katalog. Ich habe, wie gesagt, das Lager voll von Mänteln hier hinten. Sörensen weiß schon, wo er seine Sachen loswerden kann. Aber sie sind, wie gesagt, teilweise noch nicht ausgepackt und nicht das rechte für eine Jölnnerin. Ich kann nicht verstehen, daß Ihnen dieser hübsche, reizende Mantel nicht gefällt. — Welch ein Befehl! — Es sind allein für acht bis neun Kronen Spitzen daran! — Die Postmeisterin war ganz verliebt darin, sage ich Ihnen. Sie bestellte augenblicklich einen im selben Geschmaad...“

„Frau Weiß!“  
 „Ja, ich erwarte ihn morgen mit dem Dampfer. Die Taille muß ja eine Nummer größer sein, da sie nicht Ihre reizende Korsettfigur hat, Frau Haag.“

Frau van Haag hatte das Gefühl, einer Lebensgefahr entronnen zu sein. Der Gedanke, der Zwilling eines anderen zu sein, ließ ihre Beine zittern. Als Lund aber seine Kataloge aufschlug, war sie ebenso ratlos wie ein Vögeln vor einer Brillenschlange. Sie starrte nur verwirrt auf alle Bilder und zeigte schließlich mit zitternden Fingern auf eines, das ihnen nichts zuleide tat: Dann müsse es wohl ein solches sein.

„Fasson Olivia. Jawohl. Fasson Olivia. Ich schreibe noch heute, dann kann er bis Sonnabend hier sein.“

„Aber er muß gerade Taschen haben und natürlich vorn glatt sein.“

„Änderungen sind zulässig,“ sagte Lund. Er nahm ein Stück Papier und schrieb: Jacke: Fasson Olivia, gerade Taschen und ohne Hängebusen.

„So!“

„Ja, danke...“  
 Sie vereinbarten Stoff und Knöpfe. Lund legte das Papier beiseite — jetzt war der Handel abgeschlossen — und sagte: „Sie schmücken die Stadt. Ja, weiß Gott, das tun Sie. Das ist nicht übertrieben. Wir freuen uns mit Ihnen. Wir sprechen gern über all das Gute, daß Sie in der Stille tun. Das ist schön. Zum Beispiel Laternenanzünder, die täglich ihr Essen bei Ihnen holen. Ist das nicht ein feiner, nobler Zug? Ebenso Egholms Sohn, Sivert, für den Sie das Billett nach Amerika aus ihrem Privatvermögen bezahlten, obwohl Ihr Mann sehr dagegen war — auf nette Art und Weise natürlich.“

„Wer in aller Welt schnüffelt denn in meinen Sachen herum!“ sagte Frau van Haag zornig.

„Schnüffelt! Kann man es vermeiden, an dem zu schnüffeln, das einem in den Laden gerannt kommt? Ich sage zum Schuhmann: Warum waren die Laternen gestern nicht angezündet? Weil Mikkelsen betrunken war. Warum war Mikkelsen betrunken? Weil Frau van Haag gratis Mittagessen für ihn, die Frau und alle neun Kinder versprochen hat. Und Sivert — kann es geheim gehalten werden, wenn Sie zwei, dreimal wöchentlich zu Egholms kommen, das erste und das zweite Mal glauben wir, Sie wollten sich photographieren lassen. Aber dann erzählte Madam Hermanfen, daß Sie und Egholm Jugendsfreunde waren. Auf nette Art und Weise natürlich. — Ich sage, das ist schön von der Jölnnerin, das sind meine Worte. Darum sagte ich zu Sörensen: Schicke mir den mit den Spitzen in dem Musterortiment. Der ist für Frau van Haag. Sörensen und ich, wir duzen uns. Als er in die Lehre kam, war ich erster Kommis. Jetzt verdient er seine zwölftausend jährlich. Ach ja — lieber Gott!“

Lund seufzte armselig. Und das war seine Rettung. Frau Klara stand mit blühenden Augen da, gleich würde sie den kleinen Topfquater unter ihren Achseln zerstampfen und gehen. Aber jetzt sah sie seine ungeheure Armut. Es war kein Stolz, mit dem Zwölftausend-Kronen-Sörensen befreundet zu sein. Es war kein Aimen, sich in das Privatleben der Leute zu schleichen. Es war eine Welt für ihn, eine kleine billige Jacke zu verkaufen. Es ging ihm natürlich schlecht. Jetzt war sie seit bald einer halben Stunde seine einzige Kundin gewesen. Nicht einmal einen Kommis hatte er. Armer Mann.

Sie erlaubte ihm, weiter zu gehen, und er tat es nichtsahnend, froh, mit blauen, braunen Augen hinter dem Anseher. Er genoh seine Beredtheit und verließ sich darauf, eine bewundernde Zuhörerin gefunden zu haben. Oh, er wußte wohl, daß man Damen schmeicheln muß.

„Sivert! tenne ich ja in — und auswendig aus alter Zeit. Ich hätte ihn nur einmal als Lehrling haben sollen. Ihm fehlte nur die notwendige Bildung, aber das macht ja nichts in Amerika. Da gilt nur der Dollar — 3,75 in dänischem Geld. Egholms Jüngster, Emanuel, der kriegt ja nun dagegen alle Ausbildung, die er in seinen Kopf bekommen kann, da Sie ihn für Ihre Kosten in der Realschule angemeldet haben. Hehe.“

(Fortsetzung folgt.)

## Die Boxerfaust.

Knock out vor dem Potsdamer Einzelrichter.

Vor dem Potsdamer Einzelrichter stehen drei Potsdamer Magistratssekretäre, um sich wegen gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung zu verantworten. Als Nebenkläger tritt der bekannte Boxer Erich Mielenz auf, der laut Anklage von den drei Sekretären in der Nacht vom 27. zum 28. Januar niedergeschlagen sein soll.

In der betreffenden Nacht gegen 1 Uhr verabschiedete sich der Boxer von seiner in der Kaiserstraße 12 in Potsdam wohnenden Braut. In diesem Moment kamen die drei Angeklagten, feuchtfröhlich gestimmt von einem Dauerfest. Der Angeklagte Sekretär Korihl, nichts ahnend, daß der am Fenster stehende Herr ein Boxer ist, rief laut in die Nacht hinein: „Na, Kleiner, steig man nicht gleich ein.“ Im selben Moment wurde auch schon dem Boxer der Hut vom Kopf geschlagen. „Wollen Sie sich nicht wenigstens entschuldigen?“ meinte Mielenz. „Aber statt dessen erhielt er von den Angeklagten mehrere Stock- und Faustschläge ins Gesicht. Nach diesem Angriff ging die Kaiserstraße einem Bögerring. Es entstand ein regelrechter Kampf. Mal lag der und mal lag der am Boden. Hilfrufe gellten durch die stillen Straßen. Ein Geschäftsmann fürchte für seine Schaufenster und alarmierte die Polizei. Die Angeklagten führten zu ihrer Verteidigung an, daß nicht sie, sondern der Boxer der Angreifer gewesen sei. Dieser bestritt, einen Schlag getan zu haben. Vorl.: Herr Mielenz, haben Sie wirklich nicht geschlagen? Mielenz: Hoher Gerichtshof, ich bin der Boxer Mielenz, schlägt der zu, dann geht die Kinnlade in drei Teile und daher habe ich an mich gehalten und nicht geschlagen, trotzdem man mir die Gelenke eingedrückt hat. Es hätte ein Unglück gegeben, wenn ich zugepöckelt hätte. Der Staatsanwalt beantragt gegen Appenich und Korihl je 100 Mark Geldstrafe, gegen den Mißlingelagten Heinze die Freisprechung. Das Gericht ging über den Strafantrag hinaus und verurteilte die Sekretäre Appenich und Korihl unter Zubilligung mildernder Umstände — infolge ihrer Trunkenheit — zu je 200 Mark Geldstrafe. Heinze wurde wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. Der Anspruch des Nebenklägers auf Buße und Schadenersatz von 195 Mark für den Anzug wird vorläufig als noch nicht entscheidungsfähig abgelehnt.

## Aus Gram verhungert?

Gestern abend wurde der 43 Jahre alte Metallarbeiter Ludwig Feldmann in seiner Wohnung in der Sonderstraße zu Neukölln tot aufgefunden. Er verlor im vergangenen Jahre durch einen tödlichen Unfall seine Frau. Seitdem war er etwas sonderlich und zuletzt auch menschenschau. Er hauste für sich allein in Stube und Küche und sprach mit den Hausgenossen kaum ein Wort. Kürzlich nach der Herkunft einer Kopierverletzung gefragt, erzählte er jedoch, daß er in einer politischen Versammlung in eine Schlägerei geraten sei. Weiter ließ er sich nicht aus. Seit einigen Tagen war der fast bis zum Skelett abgemagerte Mann nicht mehr zum Vorschein gekommen. Am Dienstag abend machten Hausgenossen das 213. Revier aufmerksam, und jetzt fanden die Beamten Feldmann tot in der Küche liegen. Am Kopf, der verbunden war, stellten sie eine Verletzung fest, die aussah, als ob sie von einem Schuß herrührte. Die Wunde war stark vereitert und hat vielleicht zu einer tödlichen Blutvergiftung geführt. Wo sie herrührt, bedarf noch der weiteren Aufklärung. Feldmann hinterließ Briefe an den Magistrat und an Verwandte, in denen er schreibt, daß er durch den Tod seiner Frau seelisch heruntergekommen sei.

## Die Haftung des Bewußtlosen.

„Wer schläft, sündigt nicht.“ Dieser Grundsatz gilt auch im Rechtsleben. Würde z. B. ein Arbeiter von der Anstrengung der Arbeit und der Hitze des Tages übermüdet einschlafen, sich im Schlaf unruhig hin- und herwerfen und dabei einen in der Nähe stehenden Frühstückstisch zerbrechen, so würde er nicht dafür haften. Das Gesetz nennt seinen Zustand „Bewußtlosigkeit“ und sagt, daß derjenige, der im Zustande der Bewußtlosigkeit (oder in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustande krankhafter Störung der Geistestätigkeit) einem anderen Schaden zufügt, für den Schaden nicht verantwortlich ist. Dies gilt nicht nur für Schadenszufügung, sondern auch für den Abschluß von Rechtsgeschäften. Wer im Schlaf spricht und dabei etwa seinem neben ihm schlafenden Freunde das Angebot macht, ihm billige Bücher zu verkaufen, braucht nicht zu befürchten, an dieses Angebot gehalten zu sein, denn das im Schlaf, also im Zustande der Bewußtlosigkeit, abgegebene Angebot ist kein gültiges Angebot. Wie die unerlaubte Handlung, das Delikt, ist eben auch die Willenserklärung nichtig, die im Zustande der Bewußtlosigkeit (oder vorübergehender Störung der Geistestätigkeit) abgegeben wird.

Anders ist es aber dann, wenn der Bewußtlose diesen Zustand der Bewußtlosigkeit selbst verschuldet hat. Hat er sich durch Alkohol oder ähnliche Mittel, wie Morphinum oder Opium, in den Zustand der Trunkenheit versetzt und hat nun im Rausche eine Fenster Scheibe zertrümmert, so ist er dafür verantwortlich, d. h. schadensersatzpflichtig. Die Schadenersatzpflicht tritt aber dann nicht ein, wenn er ohne Verstand in den in den Zustand geraten ist, d. h. wenn ihm andere etwa arglistig Alkohol vorgesetzt haben mit der Absicht, es sei alkoholfreie Brauerei, während es in Wirklichkeit stark alkoholischer Fruchtsaft ist. Dann ist er für die Handlung, die er in der Trunkenheit begeht, nicht verantwortlich, vielmehr sind es nur diejenigen, die ihn in diesen Zustand versetzt, und so diese Handlung verschuldet haben.

Diese Regel gilt jedoch nicht für die Abgabe von Willenserklärungen. Wer im Rausch sein Fahrrad verkauft, kann hieraus nicht verlagert werden, gleichviel, wie der Rausch entstanden ist, ob der Verkäufer ihn selbst verursacht hat, oder ob ihn andere in den Rausch versetzt haben. Eine Haftung des Bewußtlosen tritt auch dann ein, wenn er im Zustande der Bewußtlosigkeit Handlungen begangen hat, die nach Lage der Sache zu vermeiden waren. Wenn z. B. ein Kraftwagenführer bemerkt, daß seine Achtsamkeit nachläßt und er einschläft, so darf er sich nicht vom Schlaf übermannen lassen, sondern muß rechtzeitig den Wagen zum Stillstand bringen und verlassen. Wenn er dies nicht tut, obwohl ihm die Müdigkeit überkommt, sondern den Kraftwagen weiterfährt, und dann infolge seines Einschlafens ein Unheil passiert, so hat er dafür zu haften, denn dann ist, wenn auch nicht der Zustand der Bewußtlosigkeit, so doch die Handlung von ihm verschuldet, die er nun im Zustande der Bewußtlosigkeit begeht. So hat das Reichsgericht erst kürzlich entschieden und damit einen allgemeinen Grundsatz erneut angewendet, der überhaupt im Strafrecht gilt, nämlich den Grundsatz, daß derjenige, der sich in Bewußtlosigkeit versetzt, gerade um in der Bewußtlosigkeit Handlungen zu begehen, dafür haften.

Hieraus ist zu ersehen, wie weit der Satz „Wer schläft, sündigt nicht“ im Rechtsleben gilt.

**Lebensmittel für die Erwerbslosen** stahlen zwei junge Burschen in Neukölln. Sie öffneten die Tür zu den Aufbewahrungsräumen in der Hermannstraße und am Mittelweg und nahmen ganze Pakete Kaffee, Tee und Kakao mit. Außerdem nahmen sie einen Posten Ausweiskarten mit. Ein Schupo-Beamter, dem sie mit ihren Lasten aufhielten, nahm den einen fest, während er dem andern gelang, zu entkommen. Der Ertrappe wurde festgestellt als ein 23 Jahre alter Herbert B. aus Neukölln. Seiner Komplizen will er nicht kennen.

Ein Schwindler in Reichsbannerkleidung trieb am Sonnabend vormittag in Schöneberg umweid des Rollendortplatzes sein Unwesen. Der Mann verteilte Propagandaaufsätze des „Berliner Total-Anzeigers“.

**ZÄHNE** mit Kautschukplatte 1 u. 2 Mark, ohne Gummien, Brücken von 5 Mark. — Teilzahlung gestattet. 3 Jahre weitgehende Garantie. Zahnziehen bei Bestellung gratis.  
**Hatvani** Danziger Straße 1 — Zimmerstraße 86  
Laisenstr. 27 / Charlbg., Schlüterstr. 73

# Schul- und Steuerfragen im Rathaus.

In der Berliner Stadtoverordnetenversammlung gab gestern eine Anfrage der Kommunisten dem neuen Stadtschulrat Rydahl Gelegenheit, über seine Stellung zur körperlichen Züchtigung in Berufsschulen sich zu äußern. Er erklärte sehr bestimmt, daß man ohne dieses Zuchtmittel auskommen müsse und daß in Berufsschulen auch ohne Arreststrafen ein geordneter Unterricht möglich sei werde. Einen Sieg konnten sich gestern die rechtsstehenden Parteien buchen. Unterstützt von den kleinen Mittelparteien erreichten sie, daß eine Mehrheit sich gegen die Beibehaltung der Höckersteuer aussprach. In der Aussprache über einige vom Ausschuss empfohlene Änderungen in der Gewerbesteuererhöhung, hauptsächlich bei einem Mißverhältnis der Gewerbesteuer zum Reinertrag von 1925, hielt Genosse Lohmann den demagogischen Drahtziehern der Wirtschaftspartei einen Spiegel vor. Die Richtlinien für die Änderungen wurden einstimmig angenommen.

In der gestern abgehaltenen Sitzung der Stadtoverordneten wurde an Stelle des zum Stadtrat gewählten Genossen Reuter der auf der Stabsliste gewählte Genosse Rogah-Karlshorst eingeführt. Der Vorsitzende Genosse Hag gab dann den Eingang des von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Antrages bekannt, der vom Magistrat durchgreifende Maßnahmen zur

## Änderung der Arbeitslosigkeit

verlangt. Wir haben den umfangreichen Antrag bereits in der Abendausgabe des „Vormärts“ vom Mittwoch veröffentlicht. Der Antrag wurde ohne Debatte dem Erwerbslosenausschuss überwiesen. Zur Behandlung kam dann eine Anfrage der Kommunisten, die vom Magistrat Auskunft über das Vorkommen körperlicher Züchtigungen und Arreststrafen in den Berufsschulen verlangte. Der neue Stadtschulrat, Genosse Rydahl, beantwortete die Anfrage dahin, daß in vielen Berufsschulen unter den halbunfähigen Schülern infolge weitgehender politischer Agitation ein geregelter Schulbetrieb sehr schwer zu erhalten ist. So war es auch in den zur Sprache gebrachten Fällen. Nachdem alle anderen Mittel verlagert, hätte sich allerdings der betreffende Lehrer hinterziehen lassen, dem betreffenden Schüler einige Ohrfeigen zu geben. Genosse Rydahl erklärte, daß nach reichsgerichtlichen Entscheidungen den Berufsschullehrern ein gewisses Züchtigungsrecht zustehe, daß er persönlich aber auf dem Standpunkt stehe, daß die Prügelstrafe ein pädagogisch überholtes Erziehungsmittel sein sollte. In den von Mädchen besuchten Berufsschulen werden nach den Berichten der Leiter noch Arreststrafen verhängt. Die Arreststrafen überhaupt, wie auch der Strafvollzug am Sonntag seien aber erheblich zurückgegangen. Auch hier betonte der Stadtschulrat seine Abneigung gegen die Arreststrafe. Er meinte, daß neuzeitlicher Unterricht über dieses Mittel der Zucht hinauskommen müsse. Nach der Begründung der Anfrage durch Menz (Komm.) verlas der Stadtschulrat den Bericht des betreffenden Schulleiters. Es ging daraus hervor, daß der Schüler aufgefordert worden war, ein in der Schule angelegtes politisches Abzeichen abzulegen, daß er sich aber allen Vernunftgründen unzugänglich zeigte. Er wurde im Gegenteil so anmaßend, frech und herausfordernd, daß der Lehrer ihn aufforderte, ins Amtszimmer des Direktors zu kommen. Als der Schüler daraufhin erklärte, daß er das ablehne, wer etwas von ihm wolle, solle zu ihm kommen, habe der Lehrer ihm die Ohrfeigen gegeben. Genosse Rydahl nahm nochmals Bezugnahme, seine grundsätzliche Abneigung gegen Prügel- und Arreststrafen zu betonen.

## Ein kommunistischer Demonstrationsantrag.

dem Kartellverband für Arbeiterport und Körperpflege“ für seinen Werbesfonds 25000 Mark zu überweisen, brachte eine sehr laute Rede des Kommunisten Sellheim — gegen den Berliner Arbeiterport. Etwas Wesentliches für den Antrag aus seiner „Rede“ zu berichten, ist nicht möglich, weil er den Mangel an

## 50 Jahre Berliner Rohrpost.

Nachdem kürzlich die Berliner Gasversorgung 100 Jahre, die Feuerwehr 75 Jahre alt geworden ist, feiert die Berliner Stadtrohrpost am 1. Dezember den Tag ihres 50jährigen Bestehens. Die neue, aufstrebende Reichshauptstadt konnte nicht hinter London, Paris und Wien zurückbleiben und erhielt am 1. Dezember 1876 eine Stadtrohrpost mit vorerst nur 15 Rohrpostämtern und 26 Kilometer Fahrrohrlänge. Gegenüber ihren Vorgängern erweiterte die Berliner Rohrpost den Beförderungsumfang durch Uebernahme des Eilbriefverkehrs, während sonst nur Telegramme durch Rohrpost weitergegeben wurden. Mit dem Wachstum Berlins wurde auch das Rohrpostnetz dichter und folgte der fortschreitenden Bebauung. 1900 war die Zahl der Rohrpostämter auf 60 und die Streckenlänge auf 137 Kilometer gestiegen. Heute ist die Zahl von 82 Rohrpostämtern bei einem Rohrnetz von über 220 Kilometer erreicht. Entsprechend der Ausdehnung des Netzes nahmen auch die Beförderungsziffern zu. Im ersten Betriebsjahre wurden nur rund 1 Million Telegramme und 1/4 Million Briefe und Karten, 1900 6 Millionen Telegramme und 1 1/2 Millionen Briefe und Karten befördert. 1925 lauten die entsprechenden Zahlen 4,4 Millionen Telegramme und 3,6 Millionen Briefe und Karten. Der Rückgang in der Telegrammbeförderung ist dadurch bedingt, daß Telegramme jetzt vielfach durch Fernsprecher übermittelt werden. Außerdem werden in Berlin zwischen dem Haupttelegraphenamt und den weiter entfernt liegenden Postämtern Telegramme statt durch Rohrpost oft mit Telegraphenapparaten ausgetauscht. Es wird aber angestrebt, die billiger arbeitende Rohrpost so umzubauen, daß sie auch längere Strecken innerhalb der Stadt so schnell überbrückt wie der Telegraph. So wurde 1925 die erste Versuchslinie zwischen dem Haupttelegraphenamt und Moabit mit 4,5 Kilometer Länge gebaut, auf der die Sendungen mit 70 Kilometer stündlicher Geschwindigkeit durch die Rohre gleiten. Ein technischer Erfolg, der zu der Hoffnung berechtigt, daß auch weiterhin die Stadtrohrpost sich den Verkehrserfordernissen anpassen wird.

## Unsoziale Universitätsbureaucratie.

Trotz des schönen Satzes „Freie Bahn dem Tüchtigen“ sieht der qualifizierte Akademiker noch immer mit dem alten unbegründeten Hochmut auf den Mann aus dem Volke herab, der es durch Fleiß und Begabung bis zum Universitätsstudium gebracht hat, und von unserer Universitätsbureaucratie und ihrer reaktionären volkrefernden Einstellung soziales Verhängnis zu verlangen, ist vollends eine Unmöglichkeit. Charakteristisch ist die typisch bureaucratistische Art, wie man mit den Mitgliedern des karischen Arbeiter-Abiturientenkurses an dem Realgymnasium Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str., verfahren ist. Da die Reifeprüfung des Kurses ein wenig verspätet vor sich ging und die Abgangszeugnisse erst Mitte November ausgestellt wurden, konnten die Immatrikulationen der Arbeiterstudierenden nicht zum üblichen Termin, Ende Oktober, erfolgen. Die Universitätsbehörde verlangt nun von den Arbeiterstudierenden, meist armen Leuten, denen es fast unmöglich ist, die gewöhnliche Immatrikulationsgebühr von 25 Mk. zu erschwinnen, den jagungsgemäßen Verspätungszuschlag von 10 Mk. Einem Vertreter der Studierenden, der sich unter Berufung auf die soziale Lage der Arbeiterstudierenden im Universitätsbureau um Erlaß des hohen Strafzuschlages bemühte, wurde bedeutet, das ginge nicht zu machen. Die Arbeiterstudierenden müssen also, ohne an der Verzögerung im mindesten schuld zu sein, aus

guten Gründen durch lautes Schimpfen ersehnt. Genosse Kawetan sprach für unsere Fraktion: Wir sind nicht gewohnt, uns vor lauten Worten zu fürchten. Die nachträglichen Beschwerden der Kommunisten über die Bevorzugung der bürgerlichen Sportler bei der Turn- und Sportwoche im Sommer d. J. brauchten nicht vorgebracht werden, wenn sich seinerzeit die (sich in kommunistischen Händen befindliche) Leitung des Kartellverbandes klüger benommen hätte. Anjänglich hätte der Vorsitzende Dehlschläger schon zugesagt, daß sich auch die Arbeiterportler an drei Tagen an der Turn- und Sportwoche beteiligen werden. Dann aber piffte die K. P. D. - Zentrale ab und Dehlschläger fiel gehorcht um. So sieht die kommunistische Arbeit in den Arbeitersportvereinen aus! Daher erkennen wir auch den Antrag als einen Agitations- und Demonstrationsantrag und wir werden ihn ablehnen. Die sozialdemokratische Fraktion hat dafür gesorgt, daß die Bevorzugung der bürgerlichen Sportvereine bei der Woche von Geldmitteln aufhört und wir sind durch unsere praktische Arbeit zu einer weitgehenden Unterstützung der Arbeiterportler gekommen als die Kommunisten mit ihren Demonstrationsanträgen. So erfüllen wir unsere Verpflichtungen und die Kommunisten können uns dabei unterstützen, wenn sie beispielsweise den Etat, statt ihn abzulehnen, annehmen würden, damit sie ein größeres Recht hätten, bei der Vergebung der Geldmittel mitwirken zu können. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Der Antrag wurde dann abgelehnt. Die Versammlung wandte sich dann der Beratung einer Reihe von Anträgen zu, die eine

## Änderung einiger Steuerarten

zum Gegenstand haben. Die Erhöhung der Höckersteuer (auch bei der verlängerten Polizeistunde) wurde nur von der Linken des Hauses befürwortet. Alle bürgerlichen Parteien sprachen für die Abschaffung. In der Abstimmung wurde daraufhin die Abschaffung der Höckersteuer mit 92 gegen 88 Stimmen beschlossen. In der Debatte über eine Änderung bei der Erhebung der Gewerbesteuer sprach u. a. Genosse Lohmann. Er kennzeichnete die politischen Geschäftsmacher auf Seiten der Rechten, besonders bei der Wirtschaftspartei, die vorgeben, die Interessen der kleinen Geschäftsleute zu vertreten, in Wirklichkeit aber deren Not zu politischer Agitation ausnützen. In einer Protestversammlung in der Neuen Welt, wo Stadtoverordneter Hag von der Volkspartei seine seitlichen Ausführungen machte, wo Knüppel-Kunze seine demagogischen Redefertigkeiten an den Mann bringen konnte, hatte vor allem die Wirtschaftspartei und Herr Müller-Frankten die Führung. Was in dieser Versammlung an Berührungspunkten anderer Parteien geistert wurde, ging denn doch über das Maß des Erträglichsten hinaus. So wurde es erneut offenbar, wie diese Kreise die Geschäftsleute als Vorposten benützen. Bedauerlicherweise haben viele Geschäftsleute die politische Dummheit begangen, die Wirtschaftspartei als politische Interessenvertretung zu wählen. — Die beantragten Änderungen bei der Gewerbesteuer wurden daraufhin einstimmig angenommen. Bei der Beratung einer Magistratsvorlage, die eine Nachforderung von 102000 M. für den

## Ambau des Spielmarktes

brachte, forderte Stadtoverordneter Schwarz (D. Bp.) die Zuhilfenahme von Nachtarbeit bei der Umgestaltung so verkehrswichtiger Punkte, wie es der Spielmarkt ist. Hier ist zu schleppend gearbeitet worden, der Geschäftsvorkehr hätte außerordentlich darunter gelitten, so daß eine Schädigung der Geschäftsleute eingetreten sei. Genosse Krause erklärte sich namens unserer Fraktion mit der Forderung einverstanden. Er hob die Schuld an dem schleppenden Gang der Arbeiten fälligen Dispositionen der leitenden Stellen zu. Zu fordern ist allerdings, daß bei der Einführung der Nachtarbeit auch in Wechselstunden gearbeitet wird, d. h. daß unter allen Umständen Ueberstunden vermieden werden. Das sind wir den Arbeitlosen schuldig. In der Abstimmung wurde der Schwarzsche Antrag wie auch die Nachbewilligung mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Mit der Erledigung einer ganzen Reihe kleinerer Vorlagen, unter denen sich der Bau einer Volksschule in Hermsdorf befand, schloß die Sitzung.

formalen Gründen einen Zuschlag zur Immatrikulationsgebühr erteilten, der eine wirtschaftliche Härte ersten Ranges darstellt und sehr deutlich für die soziale Einstellung unserer Universitätsbehörde Zeugnis ablegt.

## Opfer der Arbeit.

Im Laufe des gestrigen Vormittags ereignete sich eine ganze Reihe von schweren Betriebsunfällen. Auf dem Platz der Firma Eisenlager-Gemeinschaft in der Siedingstraße 9 stürzte dem Arbeiter Karl Warau ein 30 Zentner schwerer Eisenblock auf die Beine. Schwer verletzt wurde er in das Birchow-Krankenhaus gebracht. Der bei der Firma Gebr. Stollwerck, Chausseestr. 87, angestellte 21jährige Hilfsarbeiter Kurt Tisch aus der Pöhlwitzer Str. 4 brach mit einer Leiter zusammen. Mit inneren Verletzungen wurde der Verunglückte in das Birchow-Krankenhaus übergeführt. Der Arbeiter Herbert Dpich aus der Ledermörder Straße 7 kam auf seiner Arbeitsstelle in der Signalapparatefabrik Pfäfersstr. 18 zu Neukölln mit der Hand in die Maschine, die ihm zerquetscht wurde. Er fand im Urban-Krankenhaus Aufnahme. In dem Hause Badstr. 7 stürzte der 16jährige Elektrotechnikerlehrling Willi Trebes aus der Brunnenstraße 40 aus etwa 7 Meter Höhe von der Leiter. Er erlitt schwere innere Verletzungen und einen Armbruch. Er wurde in das Birchow-Krankenhaus gebracht. — Auf der Strecke der Görlicher Bahn zwischen Grünau und Adlershof trug sich am Nachmittag ein folgenschwerer Unfall zu. Der 41jährige Bahnarbeiter Otto Schust aus Waltersdorf, der die Strecke kontrollierte, wurde etwa 200 Meter südwestlich des Tellowkanals von dem D-Zug 291 erfasst und überfahren. Sch. wurde auf der Stelle getötet. Seine Leiche wurde beklaggenommen und in die Grünauer Leichenhalle gebracht.

## Verlängerte Polizeistunde für Theateraufführungen.

Durch die Polizeiverordnung vom 10. November 1926, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 47 vom 20. November 1926, hat der Polizeipräsident die Polizeistunde für Theateraufführungen, Darbietungen, welche bei gewerbmäßiger Veranstaltung der Erlaubnis des § 33a der Gewerbeordnung bedürfen, Lichtspiel-, Sport- und ähnlichen Veranstaltungen in öffentlichen Versammlungsräumen, auf 1 Uhr morgens festgesetzt. Ausnahmeweise können durch den Polizeipräsidenten Darbietungen der genannten Art auch über 1 Uhr hinaus zugelassen werden. Derartige Anträge sind an Abteilung II (T. H.), Magazinstr. 3-5, zu richten.

## Magenträmpfe.

Alle Schmerzen oder Gefühle von Unbehagen nach dem Essen, wie Krämpfe, schweres Gefühl, Schläfrigkeit usw. sind in fast allen Fällen sichere Anzeichen eines Uebermaßes von Säure im Magen. Um dieses Uebermaß von Säure zu neutralisieren und Ihren Magen in Ordnung zu bringen, nehmen Sie Biserierte Magnesia ein, welche Ihre Beschwerden von Grund aus beseitigt und normale und gesunde Verdauung sichert. Biserierte Magnesia ist in allen Apotheken in Pulver- oder in Tablettenform zu haben und verschafft bei schwerer oder schmerzhafter Verdauung immer sofort Erleichterung. **Wichtig!** Biserierte Magnesia wird in drei verschiedenen Verpackungsgrößen geliefert: in Pulver- und Tablettenform zu M. 1.50 das Glaschen und in größeren Flaschen mit Pulver zu M. 3.00 die Flasche.

Der Ankauf von Düppel.

Ueber den Ankauf des Rittergutes Düppel veröffentlicht das Berliner Tageblatt eine Reihe von Behauptungen...

Wie erklärt sich der enorme Preis von elf Millionen Mk. für ein Grundstück von 760 Hektar...

Welche Vermittlungsumme soll der Grundstücksmakler Hiller erhalten...

Wie kommt es, daß der mit Stadtrat Busch befreundete Hiller diesen Kauf vermittelt...

Ueber die Zweckmäßigkeit des Ankaufs von Düppel dürfte keine Meinungsverschiedenheit herrschen...

Dachstuhlbrand in der Landsberger Straße.

Wenige Böschzüge der Feuerwehr wurden gestern nachmittag nach der Landsberger Straße 47 gerufen...

Ein großes Fabrikfeuer kam gestern abend um 10 Uhr in der Schleiferei der Firma Jirst u. Co. in der Viktoriastr. 1 zu Uederschaf zum Ausbruch...

Studenten der Handelshochschule Berlin heute, Freitag, den 26. November finden die Wahlen zum allgemeinen Studentenauswahlrat statt...

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgebung (Nachdruck wird)...

Parteinachrichten für Groß-Berlin

- Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 2...

Morgen, Sonnabend, den 27. November: 7 1/2 Uhr bei Goldschmidt, Stolpestr. 36, Funktionärstagung...

Jungsozialisten: Spitzengemeinschaft: Heute, Freitag, 26. November, 7 1/2 Uhr, im Jugendheim Lindenstr. 3...

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation: 68. Wst. Charlottenburg, im Dienstadt, 26. November, ist nach langem Krankenlager...

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin: Mitteilung: Heute, Freitag, den 26. November, von 5 bis 7 Uhr: Korbstr. 11...

Werkzeugkammer: Werkzeugvorhandlung beim Genossen Helms, Markgrafstr. 14.

Werkzeugkammer: Werkzeugvorhandlung beim Genossen Helms, Markgrafstr. 14. Thema: 'Probleme des Sozialismus'.

FUNK WINKEL

Hans Dominik, Ingenieur und Schriftsteller, liest ein Kapitel aus seinem Roman 'Die Macht der Drei'...

Das Rundfunkprogramm.

- Freitag, den 26. November. Außer dem üblichen Tagesprogramm: 4 Uhr nachm.: Frauenfragen und Frauensorgen...

Königswusterhausen, Freitag, den 26. November.

12-12:30 Uhr nachm.: B. K. Grasel: Sprechtechnik für Schüler. 2:30-3 Uhr nachm.: Frä. Dr. Olga Stieglitz: Allgemeine Bildung...

Aus der Partei.

Fortschritt der Parteipresse: Das Zentralorgan unserer holländischen Bruderpartei, 'Het Volk' in Amsterdam...

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

- Reichsbanner 'Schwarz-Rot-Gold': Geschäftsstelle: Berlin SW 14, Schillingstr. 27/28...

Sport.

- Rennen zu Ruhleben am Donnerstag, den 25. November: 1. Rennen: 1. Fumida (Ruhleben), 2. Michael (H. 102), 3. Coriolanus (H. Ruhleben)...

Geschäftliche Mitteilungen.

Wichtig: 30a wird am kommenden Sonnabend endlich das Geschäft eröffnen, das in Reichelt seit Jahren gefehlt hat...

Advertisement for Nestor Cigarettes. 'Von Tag zu Tag immer mehr gefragt'. 'Nestor Florina 53'. 'Nestor Gianacelis'. Includes an image of a cigarette pack and a match.

Wer bei JANDORF kauft, spart Geld!

# Ja Ja!



19<sup>50</sup>

**Besuchs-Kleid**  
aus gutem Wollrippe,  
graziöse Form, neuartige  
Färbung, schöne Farben

**Regenschirm**  
für Damen, Topform  
12 teilig, Halbboden,  
mit fester Kante  
**5.90**

**Obergarn**  
1000 Meter,  
schwarz oder weiß  
Rolle **45 Pf.**

**Untergarn**  
1000 Meter,  
schwarz oder weiß  
3 Kreuzspulen **50 Pf.**

**Rasierapparat**  
"Gillette"  
mit "Offlette"-Klinge  
**75 Pf.**

**Strümpfe**  
**Damen-Strümpfe** 0.38  
farbig und schwarz, Ferse u. Spitze verstärkt

**Damen-Strümpfe** 0.65  
farbig, schwarz  
starke Qualität, Ferse und Spitze verstärkt

**Damen-Strümpfe** 1.95  
farbig, schwarz  
Wolle plattiert, mit Doppelferse u. Hochferse

**Herren-Socken** 0.48  
einfarbig oder  
grau meliert, Ferse u. Spitze verstärkt

**Schweiß-Socken** 0.95  
für Herren,  
grau meliert, gute weiche Qualität

**Trikotagen**  
**Schlupfhosen** Kunstseide, 2.95  
für Damen, mit warmem Futter

**Futterhosen** für Herren,  
mit Ueberdrat,  
grau meliert, mit weitem, weichen Futter 2.95

**Einsatzhemden** starke Winter-  
qualität, 3 Größen  
Serie 1 1.95 Serie 2 2.45 Serie 3 3.45

**Reform-Beinkleider** für Mädchen,  
marineblau,  
mit warmem  
Futter, Gr. 33-40 1.55 Gr. 45-50 1.85 Gr. 55-60 2.15

**Herren-Artikel**  
**Oberhemden** farbig, gefült, Faltenbrust,  
weich, u. 1 steif, Kragen 4.90

**Nachthemden** aus gutem Hemdentuch,  
mit farbigem Besatz 4.50

**Taghemden** aus kräftigem Wäschestoff 3.50

**Garnitur:** Hosenträger und Socken-  
halter, im Karton 2.90

**Damen-Konfektion**  
**Pullover** aus modern gemusterten Stoffen,  
reizende Mustern 3.90

**Kleiderröcke** aus haltbaren Stoffen,  
auch Frauengrößen 3.90

**Pullover-Kleider** neueste Muster,  
frische Macharten 7.50

**Mädchen-Kleider** verschiedene  
Stoffe, Größe 30  
(jede weitere Größe 33 Pf. mehr) 4.90

**Garage mit Uhrwerk-Auto** 50<sup>0</sup>

**Puppenstuben-Möbel** 95<sup>0</sup>  
in verschiedenen Farben, 7 teilig

**Eisenbahn** mit Uhrwerk bestehend  
aus Lokomotive, Kohlen-  
und Personenzug, Zuglänge ca. 40 cm 95<sup>0</sup>

**Küchen-Möbel** schön lackiert,  
5 teilig 195

**Kipp-Auto** lackiert, ca. 48 cm lang 245

**Gelenk-Puppe** ca. 40 cm groß, mit  
Haar, Schlafaugen  
und Wimpern, Sonnen und Strümpfen 390

**Korsetten**  
**Büstenhalter** aus gutem Wäschestoff  
mit Spitze 0.50

**Hüfthalter** aus Dreil mit Gummi und  
Haltern 0.95

**Strumpfhaltergürtel** fester Dreil  
in 4 Haltern 0.95

**Hüfthalter** rose Jacquardstoff mit Gummi  
und Haltern 1.45

**Handarbeiten**  
**Tabletdecken** aus weißem Stoff, viele  
Größen, in Seiden garn 0.25

**Nachttischdecken** aus weißem Stoff,  
mit Spitzen garn 0.25

**Paradehandtuch** für die Küche, garn-  
iert, vorgeseidnet 0.50

**Büffetdecken** aus weißem Stoff, oval,  
mit Einsay und Spitze 0.95

Belle-Alliance-Str. ♦ Gr. Frankfurter Str. ♦ Brunnenstr. ♦ Kottbuser Damm ♦ Wilmsdorfer Str.

**Theater, Lichtspiele usw.**

**Staats-Theater**  
Opernhaus  
a. Platz d. Republ.  
7 1/2 Cavalier, rusti-  
cans - Bajazzo  
Schauspielhaus  
8 Uhr: Lu Lu  
Schiller-Theater  
8 Uhr: Soldaten

**Volksbühne**  
Theater am Döllnplatz Th. im Schiffbauerdamm  
8 Uhr: **Nachfasy!**  
Morgen 8 Uhr:  
**Nachfasy!**  
Tägliche 8 Uhr:  
Das Großmal  
Das unbekannt  
Soldaten.

**Städtische Oper**  
Charlottenburg  
7 1/2 Uhr:  
**Der Zwerg**  
Hierauf das Ballett:  
**Der letzte Faun.**  
Abonn.-Turnus I.

**Komische Oper**  
Der große Opernserfolg  
**Adrienne**  
mit Sarah Wessely, Wirk, Blass  
Boettcher, Hell, Loebell, Schuster,  
Sonst. nachm. 3 U. 1. "Die Fledermaus"  
Leszt. Bes. Vermerk. 10 U. a. unanerb.

**Deutsches Theater**  
Norden 10334-38  
8 Uhr:  
**Neidhardt**  
v. Gneisenau  
von Wolfgang Goetz  
Regie: Heinz Hilpert  
Son. nachm. 3 Uhr:  
Missa v. Bernheim

**Wallner-Theater** Tägliche  
Das Stiftungsfest Schwank in  
3 Akten  
Sonnt. nachm. 3 U. Hasemanns Töchter

**Kammerspiele**  
Norden 10334-38  
8 1/2 Uhr:  
**Karusell**  
von Louis Verneuil  
mit Maria Orska.

**Kleines Theater**  
Sbd. 4 U.: **Reise ins Schlaraffenland**  
Sonntg. 4 Uhr: **Schneewittchen**  
Nach beiden Vorstellungen:  
Kaspertheater  
Einmalige Sondervergünstig!  
Vorzeiger d. erh. 50% Ermäßig.

**Die Komödie**  
Bismarck 2414, 2416  
8 Uhr:  
**Die Gefangene**  
Von Bourdet  
Regie: M. Reinhardt

**Lehrer-Theater**  
Dts. Künstler-Th.  
Fritzi Massaryk  
& "Die Königin"  
Sonntags 3 1/2 U.:  
Firtleian  
Sonntags 3 1/2: Der  
fröhl. Weinberg  
Lesing-Theater  
5 U.: Mensch und  
Ueberrausch  
Th. 1. Karffeldamm  
5 U.: Die Frau an  
der Heide  
Lehrer-Theater  
8 1/2 Uhr:  
D. Herzogin v. Eiba  
Stg. 3 1/2: Knecht

**Scala**  
Nollendorf 7360  
8 Uhr  
**Varleté-  
Neuheiten**  
Sonderb. 2. Sonntag  
2 Vorstellungen  
3<sup>00</sup> und 8 Uhr.  
3<sup>00</sup> zu ermäßig.  
Preisen d. ganze  
Programm

**Kleines Th. 8 U.**  
**Kleinere Gespräche**  
Metropol - Theat.  
Tägliche 8 Uhr:  
Die große Revue  
**Wieder Metropol**  
Lesing - Theat.  
Tägliche 8 Uhr:  
Kunstgequartier  
Theat. - Theat.  
Tägliche 8 Uhr:  
Der Silberpelt  
Theat. d. Westen  
Tägliche 8 Uhr:  
Gastsp. Theat.  
künstl. Menschen

**Gr. Schauspielhaus**  
Tägliche 8 1/2 Uhr:  
**Von Mund  
zu Mund**  
CHARELL-  
REVUE  
Sonntags nachm.  
4 U. die neue Kinder-  
revue Funkheuzel-  
manns Märch.-Reise  
mit Alfred Braun

**Apollo - Th.**  
Nur noch bis 30.11.  
**Die bunte Tüte**  
12 fröhliche Bilder  
Stg. nachm. 3 1/2 U.:  
Familien-  
Vorstellung  
bei halb. Preisen:  
**Die bunte Tüte**

**Inferieren**  
bringt ERFOLE!

**Tranon - Theater**  
Tägliche 8 1/2 Uhr:  
**Cava ter vom Stup-Stup**  
Amerik. Sens.-Stück in 3 Akt.

**CASINO - THEATER** 8 Uhr  
Mister Cornedbee!  
Gutscheim: Fautoull I. M. Sessel 1.35

**HAGENBECKS  
Königstiger**  
nur noch kurze Zeit  
täglich 8 1/2  
Karten: Wertheim  
Tietz, und ab 10 Uhr  
Circuskasse, Nord. 840

**CARL  
HAGENBECK**  
GASTSPIEL  
CIRCUS BUSCH

**Rose-Theater**  
8 1/2 Uhr:  
**Was ihr wollt**

**Winter  
Garten**  
Räucher  
gestaffelt

**Reichshallen-Theater**  
Abends 8 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr  
**Siedlner Sänger**  
Schlitz: Piepers Diele  
Burleske von Meyzel  
Nachm. halbe Preise!  
**Dönhoff-Brettl**  
Varieté-Konzert-Tanz

**Albert Springare**  
Großgarage und Tankstelle  
Tag und Nacht geöffnet  
**Auto - Reparatur - Werkstatt**  
Fernspr. Norden 1276 u. Alexander 4376  
Lothringer Str. 107, Ecke Linfen-  
straße 14, am Prenzlauer Tor.

**Kleins Festsäle (Erbe), Hasenheide 13-15**

Eintritt  
frei!  
Morgen  
8 Uhr  
abends

**Hausfrauen!**  
Freitag, 26. Novbr.

Eintritt  
frei!  
Morgen  
8 Uhr  
abends

**LICHTBILD-VORTRAG**  
Richtig, sparsam und billig  
kochen, backen und braten  
mit praktischen Kochvorführungen!  
Vortrag d. Münchener Volkswirtschaftl. B. Schlotzold

**Befonders  
wirksam sind  
die KLEINEN  
ANZEIGEN in  
der Gesamt-  
aufgabe des  
"Vorwärts"  
und trotzdem  
billigen!**

**Metallbetten 10<sup>50</sup>**  
**Schlafchaiselongues 24.-**  
Fabrikpreise Ratenzahlung  
**Göhr** Berlin, Pappelallee 12  
Pankow, Schmidtstr. 1  
frei jeder Bahnstation.

**Bamag-Meguin Aktiengesellschaft, Berlin**  
Die Aktionäre der Gesellschaft werden zu der  
am 16. Dezember 1926, mittags 12 Uhr, zu  
Berlin im Sitzungssaal der Berliner  
Handels-Gesellschaft, Behrenstr. 32, Eingang B,  
2 Treppen, stattfindenden ordentlichen Gene-  
ralversammlung eingeladen.

**Tagesordnung:**  
1. Vorlegung des Geschäftsberichtes, der Bilanz,  
der Gewinn- und Verlust-Rechnung für das  
Geschäftsjahr 1925/26 und Beschlussung  
über diese Vorlagen.  
2. Bericht über die Revision des Abschlusses  
und Beschlussfassung über die Entlastung des  
Aufsichtsrates und des Vorstandes.  
3. Änderung des § 23 Absatz 2-4 unserer Sat-  
zung zwecks Anpassung dieser - die Hinter-  
legung unserer Aktien zwecks Teilnahme an  
einer Generalversammlung betreffenden -  
Bestimmungen an die Einrichtung des Effekten-  
 giroverkehrs.  
4. Wahlen zum Aufsichtsrat.  
Zur Ausübung des Stimmrechtes sind gemäß  
§ 23 der Satzung, auf die im übrigen verwiesen  
wird, nur Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien oder  
Zwischenscheine oder die über dieselben lautenden  
Hinterlegungsscheine der Reichsbank oder einer  
Effektengirobank eines deutschen Wertpapier-  
börsenplatzes bei einer der nachstehenden Hinter-  
legungsstellen, und zwar bei einer der Gesell-  
schaftskassen in Berlin-Moabit, Hut-  
bach, Dessau und Köln-Bayenthal oder bei  
der Berliner Handels-Gesellschaft, Berlin,  
der Darmstädter und Nationalbank Kom-  
manditgesellschaft auf Aktien, Berlin,  
dem Bankhaus Dröbuck Schickler & Co.,  
Berlin, der Deutschen Bank, Berlin, der  
Direction der Disconto-Gesellschaft,  
Berlin, der Dresdner Bank, Berlin, der  
Reichs-Kredit-Gesellschaft Aktien-  
gesellschaft, Berlin, der C. Schlesinger-  
Trier & Co., Commanditgesellschaft auf  
Aktien, Berlin, der Gebr. Röschling, Bank,  
Saarbrücken und Berlin, dem Bankhaus  
Lazard, Spryer-Ellissen, Frankfurt a. M.,  
dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein  
A.-G., Köln, dem Bankgeschäft A. Levy, Köln,  
dem Bankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie.,  
Köln oder bei einem Notar spätestens am  
dritten Tage vor der Generalversamm-  
lung bis 9 Uhr nachmittags hinterlegt haben.  
Berlin, den 26. November 1926.  
Der Aufsichtsrat  
der Bamag-Meguin Aktiengesellschaft  
Jakob Goldschmidt, Vorsitzender.

**Werbeschau**  
im  
**Gewerkschaftshaus**  
Engelauer 24-25.

Freitag, 27. Novbr.  
bis  
Sonntag, 5. Dezbr.

Geöffnet: Täglich  
von 1 Uhr  
nachmittags bis  
10 Uhr abends,  
auch Sonntags.

**"HOFFNUNG"**  
Bekleidungs-Industrie G. m. b. H.  
N. 54, Brunnenstr. 188-190

Die Ausstellung bringt alle von uns in Herrenbekleidung  
angefertigten Artikel zur Schau.



# Diskontpolitik und Auslandsgelder.

## Der Reichsbankpräsident vor dem Enquete-Ausschuß.

Die Erkenntnis, daß die Politik der Zentralnotenbank nicht nur eine Angelegenheit enger Fachkreise ist, sondern die größte Bedeutung für die Gestaltung der Gesamtwirtschaft und für den Ablauf der Konjunktur hat, bringt es mit sich, daß die Erörterungen über die Bankpolitik im Kreditausschuß der Wirtschafts-Enquete die besondere Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich ziehen. Aus der letzten Vernehmung Dr. Schachts, in der auch die Referenten des Reichsarbeitsministeriums über die Kassenhaltung der Sozialversicherung, der Erwerbslosenfürsorge und der Wohnungsbaufürsorge vernommen wurden, erschienen uns besonders drei Punkte der Erörterung wert.

Im bezug auf die von ihm befürwortete Konzentration in der Verwaltung der öffentlichen Gelder vertrat Dr. Schacht den Standpunkt, daß die rund 2½ Milliarden Reichsmarkbestände des Reichsfinanzministeriums, der Reichsbahn, der Post und des preussischen Finanzministeriums bei einer Zusammenfassung der Verwaltung dieser Gelder durch die Reichsbank um 1—1½ Milliarden reduziert werden könnten. Wenn diese Auffassung richtig ist, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Zusammenfassung der Gelder rationell wäre und eine Ersparnis bedeuten würde. Wenn der Reichsbankpräsident allerdings darauf hinweist, daß auf Grund dieser Ersparnis die Steuerzahler und Gebührenzahler oder auch die Kunden der Reichsbahn eine Entlastung spüren werden, so darf man das Maß von Steuererleichterungen oder Tarifermäßigungen, das mit einer solchen Umorganisation verbunden sein könnte, gemäß nicht überschätzen; denn mit Recht stellte der Vorsigende, Genosse Dr. Hilferding, durch eine Frage klar, daß es sich ja nur um eine einmalige Einsparung dieses Betrages handeln würde.

Der Reichsbankpräsident betonte, daß gegenwärtig das ernsteste Problem der deutschen Finanzpolitik die Herbeiführung eines Ausgleichs zwischen den hohen Zinssätzen für langfristige Kredite und den niedrigen Zinssätzen für kurzfristige Gelder sei. Die Reichsbank unterstütze, um das Ziel der Herabdrückung der Zinssätze für langfristige Anlagen zu fördern, die Aktion zur Befreiung der 10prozentigen landwirtschaftlichen Pfandbriefe, und sie werde in diesem Zusammenhang demnächst mit neuartigen Methoden an die Öffentlichkeit kommen. Auf die Frage, ob nicht ein wirksames Mittel zur Herabsetzung der langfristigen Zinssätze die Diskontermäßigung wäre, die ja mindestens auf die Bankkredite unmittelbar verbilligend wirken würde, antwortete der Reichsbankpräsident skeptisch. Er meinte, daß der Diskontsatz heute von den Zinssätzen für langfristige Anlagen schon so weit entfernt wäre, daß er keinen nennenswerten Einfluß ausüben in der Lage sei. Immerhin leugnete er die Möglichkeit einer allmählichen Beeinflussung der Anlagezinssätze durch die Senkung der Konto-Korrent-Kreditzinssätze nicht ab, und er betonte weiter, daß die steigende Verbilligung des kurzfristigen Geldmarktes die Reichsbank unter Umständen zu einer neuen Diskontherabsetzung zwingen könnte. Es ist nicht recht verständlich, warum das Reichsbankpräsidium sich solange wie irgend möglich gegen diesen Zwang zur Herabsetzung, der vom offenen Markt ausgeht, zur Wehr setzt. Der ständige Rückgang der Wechselanlagen bei der Reichsbank auf der einen Seite und die immer noch unter hohen Bankzinsen leidende und im Zeichen einer Massenarbeitslosigkeit stehende Wirtschaft lassen uns die Erleichterung, die von einer Diskontherabsetzung ausgeht

würde, so schnell als möglich erwünscht erscheinen. Wenn man in der jüngsten Zeit an der Berliner Börse beobachten konnte, wie schon die Diskussion über eine erwartete Diskontermäßigung das Interesse für die niedrig verzinslichen Pfandbriefe belebte, so wird man auch geneigt sein, über die Rückwirkung einer Diskontherabsetzung auf die langfristigen Anlagen weniger skeptisch zu urteilen als der Reichsbankpräsident. Vor allen Dingen kommt doch aber in Betracht, daß die vielen Milliarden der Konto-Korrent-Kredite der privaten Banken, der Genossenschaften und der öffentlich-rechtlichen Banken automatisch mit der Diskontherabsetzung eine Verbilligung erfahren würden, eine Verbilligung, die für die Belebung des Beschäftigungsgrades unserer Wirtschaft gewiß nicht gleichgültig sein kann.

Schließlich wurde noch einmal über die Auslandskredite und ihre Kontrollen bei den öffentlichen Körperschaften gesprochen. Der Reichsbankpräsident betonte erneut den Wunsch, das Tempo des Zustusses an Auslandsanleihen abzubremsen, und der Leiter der Beratungsstelle für die Aufnahme von Auslandsanleihen der Länder und Gemeinden, Geheimrat Norden, berichtete über die Tätigkeit und die Erfolge dieser Kontrollstelle. Er betonte dabei, daß die Tätigkeit der Beratungsstelle gerade auch im Interesse der Gemeinden und Länder selbst gelegen habe, indem sie den Wettlauf um die Auslandsanleihen gezügelt habe und damit die Bedingungen verbessert habe. Zu diesem Punkt sei bemerkt, daß diese Zügelung eines Wettlaufs der öffentlichen Körperschaften um Anleihen am Auslandsmarkt in den Jahren 1924 und 1925 ohne Zweifel nützlich und notwendig gewesen ist. In diesen Jahren gab es überhaupt noch keinen inneren Markt für Anleihen, und so drängten alle Ansprüche wahllos und oft sehr ungeschickt an die Auslandsmärkte. Im Jahre 1926 hat sich aber die Situation in einem entscheidenden Punkte geändert: Es gibt wieder einen inneren Anleihemarkt, und in diesem Augenblick kann die ursprünglich nützliche Sonderkontrolle für die Aufnahme von Auslandsanleihen die Gefahr mit sich bringen, daß die Zinssätze der am inneren Markt aufzunehmenden Anleihen künstlich hochgehalten werden, weil die Sonderbedingungen zur Erschwerung der Aufnahme von Auslandsanleihen der öffentlichen Körperschaften eine schutzollartige Wirkung ausüben. Wir wenden uns niemals gegen das Aufsichtsrecht von Reich oder Ländern über die Aufnahme und den Verwendungszweck von Anleihen öffentlicher Körperschaften. Wir sind mit dem Reichsbankpräsidenten der Meinung, daß einer unvernünftigen Ueberlastung von Gemeinden oder Ländern durch Anleihen ein Riegel vorgeschoben werden muß, wenn wir auch vielleicht im einzelnen im Urteil über den produktiven Charakter des Verwendungszweckes anderer Meinung sind als die Beratungsstelle. Aber wenn einmal Zweck und Umfang einer Anleiheaufnahme an sich von der Aufsichtsbehörde als zulässig anerkannt sind, dann scheint es uns falsch, diese Kategorie von Schuldnern daran zu hindern, das Geld dort aufzunehmen, wo es am billigsten zu haben ist, sei es im Inlande oder im Auslande. Denn nur durch die Konkurrenz der ausländischen Geldgeber wird es gelingen, auch die inländischen Zinssätze für Anleihen herabzudrücken. Die Veränderung, die sich hier gegenüber der Zeit der Errichtung der Beratungsstelle, zu der es einen inländischen Markt überhaupt nicht gab, vollzogen hat, wird bei der Stellungnahme des Reichsbankpräsidiums zu diesem Problem, wie uns scheint, zu Unrecht vernachlässigt.

der Vorkriegszeit für die Zuckerindustrie charakteristisch gewesen war, in Krieg und Inflation keine entsprechende Fortsetzung gefunden hatte, so daß die Kosten in der Fabrikation eine unverhältnismäßige Höhe erreicht hatten. Der Bericht der Vereinigung Mitteldeutscher Rohzuckerfabriken gibt Kenntnis von den Rationalisierungsmahnahmen, die dieser Konzern, der fast ein Fünftel der deutschen Fabriken und ein Viertel der deutschen Produktion umfaßt, getroffen hat, um die Selbstkosten in der Fabrikation herabzusetzen. Dabei kam freilich für ihn noch erschwerend hinzu, daß gerade in Mitteldeutschland der Ernteausfall an Zuckerrüben im Jahre 1925 trotz gesteigerter Anbaufläche der Menge und der Güte nach ungünstig war. So entschloß sich der Konzern, eine Anzahl von kleinen Zuckerfabriken stillzulegen und ihre Rübenanbaufläche anderen Zuckerfabriken zu überweisen. Damit bewies er durch die Tat, daß innerhalb der deutschen Zuckerindustrie noch erhebliche Kostenersparnisse zu erzielen sind. Bemerkenswert ist, daß bei diesen Zusammenlegungen anscheinend kaum ein Rückgang der Rübenanbaufläche eingetreten ist, genau so wenig, wie dies in der Vorkriegszeit der Fall war. Die Zusammenlegungsaktion des mitteldeutschen Konzerns ist in der Presse der Zuckerindustrie ausführlich diskutiert worden. Ihre wesentlichen Merkmale hat ihr geistiger Vater, Herr v. Ludwig, dahin zusammengefaßt: „Das ist ja eben der springende Punkt, daß mit verhältnismäßig geringen Aufwendungen in Gegenden, in denen die Fabriken dicht zusammenliegen, durch Zusammenlegungen vielfach ein erheblicher wirtschaftlicher Ruhezustand erzielt werden kann.“

Im Rahmen dieser Zusammenlegungsaktion hat man auch ein besonders interessantes Experiment versucht. Die Zuckerfabrik Salz-münde wurde als erste deutsche Zuckerfabrik zur Saffitation ausgebaut, die ihren Saft durch Rohrleitungen zur Weiterverarbeitung nach der Zuckerfabrik Langenbogen pumpt. Bewährt sich dieses Verfahren, so ist für die Zusammenlegung von Fabriken eine große Schwierigkeit entfallen. Es ist nicht mehr nötig, die in der Nähe der stillgelegten Fabrik geernteten Rüben mit all dem ihnen anhaftenden Schmutz über längere Strecken per Wagen oder mit der Eisenbahn zu transportieren, sondern an die Stelle der Stilllegung tritt eine Arbeitsteilung, bei der die Fabrik als Safterzeugungsstelle bestehen kann, so daß der Rüben-transport und der Rücktransport der Rübenschnitzel, die ein bestes Viehfutter sind, keine erhöhten Kosten verursachen. Die Kosten für eine Saffitation wurden gelegentlich mit etwa 8000 M. pro Kilometer angegeben. Sollte diese Zahl stimmen, so bleiben die Kosten für Verzinung und Tilgung sicherlich weit hinter dem zurück, was durch die Zentralisierung der Weiterverarbeitung des Saftes an Ersparnissen erzielt werden kann.

Erfreulicherweise ist der Geschäftsbericht der Vereinigung mitteldeutscher Rohzuckerfabriken ehrlicher, als die Verechter einer Erhöhung des Zuckersollens im Tagesstempel es sind. Der Bericht stellt fest, daß die Aussichten für 1926/27 als günstig bezeichnet werden können. Die Regulierung des Weltmarktes durch die Produktionseinschränkungen in den Rohr- und Rübenzuckerländern der Welt, mit Ausnahme Deutschlands, die volle Ausnutzung des Zuckersollens durch die Exportvereinigung der deutschen Zuckerindustrie und die Herabsetzung der Selbstkosten durch eine Rationalisierung, deren Ende auch beim Mitteldeutschen Konzern noch lange nicht erreicht sein dürfte, lassen seine Voraussage für die Zuckerkonjunktur dieses Jahres heute als eine richtige Feststellung der Tatsachen erscheinen.

### Weltversorgung mit Getreide.

Das statistische Reichsamt veröffentlicht in „Wirtschaft und Statistik“ Schätzungsziffern über die diesjährige Getreidernte. Danach rechnet man für Weizen gegenüber dem Vorjahr in Nordamerika mit einer Mehrernte von 15 Proz., in Argentinien und Australien mit einer Mehrernte von etwa 32 Proz., dagegen in Europa mit einer um 10 Proz. kleineren Ernte. Die europäische Roggenernte bleibt (ohne Rußland) mit etwa 14,3 Proz. gegenüber den vorjährigen Angaben zurück. Die russische Getreidernte soll nach privaten Nachrichten mindestens die Höhe des Vorjahres erreichen. Für Futtermittel werden fast überall Mehrbeträge gegen das Vorjahr errechnet.

### Reparationsfachlieferungen im Oktober.

Die Sachlieferungen für Frankreich sind im Monat Oktober 115 Verträge, darunter 19 Zulieferträge zu früheren Abschüssen, im Werte von 5,1 Millionen Reichsmark genehmigt worden. Damit erhöhte sich der Gesamtwert aller seit dem Inkrafttreten des Dawesplanes genehmigten Sachlieferungsverträge für Frankreich auf 337,7 Millionen Mark. Anzahl und Wert der im Oktober genehmigten Sachlieferungsverträge mit Belgien wiesen gegenüber dem Vormonat gleichfalls eine sehr beträchtliche Steigerung auf. Die Mittel hierfür sind vor allem dadurch verfügbar geworden, daß Belgien keine Kohlenlieferungen mehr auf Reparationskonto bezieht. Insgesamt wurden 132 Verträge, darunter 34 Nachträge im Werte von 10,1 Millionen Mark genehmigt. Hierdurch erhöhte sich der Gesamtwert aller seit dem Inkrafttreten des Dawesplanes mit Belgien abgeschlossenen Verträge auf 74,2 Millionen Mark.

Der Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 24. November berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem 16. November um 0,9 Proz. auf 130,6 zurückgegangen. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse um 1,5 Proz. auf 134,6 nachgegeben, während die Industriestoffe leicht auf 123,1 angezogen haben.

Fusion in der Berliner Metallwarenindustrie. Die alte Berliner Lampen- und Armaturenfabrik F. Buhle u. Co. A.-G. scheint der mehrfachen von den Interessenten diskutierten Konzentration in der Lampenindustrie entweder zu mißtrauen, oder sich für ihre Beteiligungsaktion eine günstige Position sichern zu wollen. Ihr Aufsichtsrat hat beschlossen, der Generalversammlung die Fusion mit der ihre Produktion ergänzenden Bernhard Joseph A.-G. Berlin, vorzuschlagen. Der Zusammenschluß soll ab 1. Januar d. d. d. erfolgen, das Vermögen der B. Joseph A.-G. auf die F. Buhle A.-G. übergeht und das Kapital der letzteren, insgesamt um 1,4 auf 2,75 Mill. erhöht wird. Im vorigen Jahre hat die Buhle A.-G. 6 Proz., die B. Joseph A.-G. 7 Proz. Dividende verteilt. Für dieses Jahr wird nach dem Zusammenschluß mindestens die gleiche Dividende ermartet. Es sollen in der Hauptache Verwaltungs- und Betriebskosten durch die Vereinigung der Produktion und des Abfahes erspart und die gegenseitige Konkurrenz ausgeschaltet werden.

Einlagen der preussischen Sparkassen im Oktober. Die Spareinlagen bei den preussischen Sparkassen sind im Monat Oktober um 74,9 Millionen Mark (im Vormonat 76,7) gestiegen und erreichten den Bestand von 1850,7 Millionen Mark. Die Giro-Scheck-Konto-forrent- und Depositionseinnahmen betragen Ende Oktober 761,9 Mill. Mark (im Vormonat 770,4).

Die Rekorderte für Baumwolle. Der am 22. November vom Wolllingtoner Ackerbureau veröffentlichte Bericht über die voraussichtliche diesjährige Baumwollenernte stellt eine abermalige Steigerung der endgültigen Ballenzahl auf 18 299 000 Ballen fest. Die im letzten Bericht veröffentlichte Ziffer lautete auf 17 918 000 Ballen; somit ist eine erneute Erhöhung um fast 500 000 Ballen eingetreten. Entnommen wurden bis jetzt 12 953 000 Ballen (letzte Zahl 11 259 000). Der gleiche Bericht des Vorjahres meldet eine endgültige Ballenzahl von 15 298 000 Ballen, Entdemnungsziffer 12 249 000 Ballen.

### Die Ueberwindung der Krise in der Landwirtschaft.

Ein außerordentlich interessantes Referat über die Lage der deutschen Landwirtschaft hielt der Agrarfachverständige Genosse Dr. Fritz Baade anlässlich der Rundgebung des Deutschen Landarbeiterversandes, die gestern, Donnerstag, im Reichswirtschaftsrat stattfand und über deren übrigen Inhalt wir an anderer Stelle berichten.

Der Redner ging aus von den Nachwirkungen des Krieges, die die Produktionskraft der Landwirtschaft erschütterten, und der Inflation, die der deutschen Landwirtschaft, wenigstens in den beiden letzten Jahren der Geldentwertung, günstige Preise, fast völlige Steuerfreiheit und damit eine Zeit des Aufbaues brachten. Hierzu kamen noch die Entschuldung und die reiche Kreditgewährung. Diese Schonfrist wurde von der Landwirtschaft im allgemeinen zu einem gewaltigen Aufbaue zur Ergänzung des Maschinenparks, besonders für Drillmaschinen, zur Steigerung des Koli- und Stickstoffverbrauches und zur Erreichung von Wirtschaftsgebäuden benutzt. Die Preisgestaltung war dabei nicht frei von Widersprüchen. Sehr hoch waren die Getreidepreise, während die für die veredelte städtische Bevölkerung bestimmten tierischen Produkte nicht genügend Käufer fanden, daher niedrig im Preise waren. Dadurch wurde der Aufbaue der Vieh- und Abmelkwirtschaft behindert. Im ganzen jedoch wurde die Aufbauperiode voll ausgenutzt, und auch sehr viele bäuerliche Betriebe konnten ihre Produktivität außerordentlich steigern.

Im Herbst 1923, nach einige Monate vor der Stabilisierung, trat ein jäher Wechsel ein. Die Waren des landwirtschaftlichen Bedarfs stiegen im Preise, der Steuervorteil ging ganz verloren, Kredit-schwierigkeiten traten ein. Die Preisschere, deren Bedeutung übrigens weit übertrieben wurde und die seit mehr als eineinhalb Jahren überwunden ist, wurde damals wirksam. Für den landwirtschaftlichen Haushalt besteht die Schere seit mindestens einem Jahre nicht mehr, weil die niedrigen Preise für Kunststoffe die Höhe der Gesamtausgaben senken. Nur bei Bauern und Landarbeitern wirken sich die hohen Preise für Kleidung und Stiefel sehr nachteilig aus. Die Preisschere hat nicht nur aufgehört, sondern im Gegenteil zeigt sich neuerdings wieder die Entwicklung, die bereits etwa um 1909 deutlich zu erkennen war, daß die Agrargeräte über den Industriepreisen unverhältnismäßig steigen. Heute besteht daher die Gefahr der Ueber-tenerung und der Erschwerung der Lebenshaltung der breiten Massen. Ein ernstes Problem bilden die geradezu ungeheuerlichen Preisschwankungen, die fortgesetzte Halbierung und Verdoppelung der Preise, zum Beispiel für Roggen innerhalb kurzer Zeit. Diese Schwankungen gefährden die Produktion, weil sie mit der Natur der landwirtschaftlichen Erzeugung unvereinbar sind.

Somit aber hat sich ein grundlegender Wandel vollzogen. An die Stelle der völligen Steuerfreiheit des Landwirtes trat ein schattes Anziehen der Steuerlasten. Das hat sich aber inzwischen gehoben; man kann heute nicht mehr sagen, daß die Landwirtschaft mit Steuern überlastet ist.

Das Kreditproblem stand zunächst gleichfalls unter den Nachwirkungen der Inflation. Anfangs war der Ansturm nach

teuren Krediten außerordentlich groß, die zum Teil sich in Substanzverluste und Ueberkonsum verwandelten, also nicht produktiven Zwecken dienten. Ganze Dörfer haben sich mit dieser Kreditpolitik unglücklich gemacht, die auf eine falsche Führung der Landwirtschaft zurückgeht. Später fehlte aber eine ebenso unbedingte Furcht vor Krediten ein, die, weil sie übertrieben war, vielen Betrieben den Kredit gegeben hat. Jetzt, allmählich, hat sich mit der Besserung am Kapitalmarkt auch eine Konsolidierung des landwirtschaftlichen Kredits vollzogen.

Die Landwirtschaft habe heute die Möglichkeit für ihre Erhaltung und Entfaltung. Eine große Sorge müsse jedoch die Entwicklung der Kaufkraft in den Städten sein, andernfalls sei die Entwicklung zur Qualitätsproduktion der Landwirtschaft unmöglich. Die Landwirtschaft müsse sich auch endlich die Erkenntnis zu eigen machen, die die Industrie schon gewonnen habe, daß die Löhne der Landarbeiter bei gleichbleibenden oder sinkenden Preisen steigen müssen. Denn der Arbeitslohn ist nicht ein Unkostenfaktor, sondern ein Maßstab für die Ergiebigkeit der ganzen Produktion. Durch Erhöhung des Ruhezustandes der Arbeit, die auch in der Landwirtschaft anzustreben ist, muß es auch hier möglich sein, die Löhne bei gleichbleibenden Preisen herauszufehen.

### Rationalisierung in der Zuckerindustrie.

#### Erfolgreiche Versuche zur Kostenreduzierung.

Die Vereinigung Mitteldeutscher Rohzuckerfabriken legt soeben ihren Bericht für das abgelaufene Kampagnejahr 1925/26 vor. Der Bericht kommt gerade rechtzeitig zu den Besprechungen über die Lage der Zuckerindustrie und die angelegte Notwendigkeit einer Erhöhung des Zuckersollens. Das abgelaufene Jahr war zweifellos der Zuckerindustrie nicht günstig. Am Weltmarkt erlebten wir in diesem Jahre einen Zusammenbruch der Zuckerpreise infolge der ganz ungewöhnlichen Steigerung der Zuckerproduktion der Welt in den Jahren 1923/24 und 1924/25, denen erst 1926/27 ein erheblicher Rückschlag gefolgt ist. In diesem Jahre wird die Zuckererzeugung um rund anderthalb Millionen Tonnen — das ist ebensoviel wie die ganze deutsche Produktion — hinter der Erzeugung des Vorjahres zurückbleiben, und dementsprechend hat sich der Weltmarkt für Zucker rasch erholt, so daß die Zuckerpreise jetzt erheblich über dem Niveau des Vorjahres liegen. Aber nicht nur der Zusammenbruch der Preise am Weltmarkt war an der ungünstigen Lage der Zuckerindustrie im abgelaufenen Kampagnejahre schuld, sondern hinzu kam noch die Uneinigkeit innerhalb der Industrie, die sich nicht auf ein Verfahren einigen konnte, das ihr die Ausnutzung des deutschen Zuckersollens ermöglichte, bevor ihr das Messer an der Kehle stand. So blieben die Erlöse im vorigen Jahre hinter dem zurück, was zur Dedung der Kosten des Rübenbaues und der Fabrikation notwendig gewesen wäre.

Da erst erkannte man in der Zuckerindustrie, daß man nicht mehr auf der Höhe der Zehntel stand und daß der stetige Prozeß der Rationalisierung und Verbilligung der Selbstkosten, der in

# Schluss der Außendebatte.

## Pressgesetz — Schmutz- und Schundvorlage im Reichstag

Am Reichstag wurde gestern die Aussprache über die auswärtige Politik vor schwach besetztem Hause fortgesetzt.

Abg. Rolenberg (Komm.) kündet an, doch erst nach kurzem dem deutschnationalen Abg. v. Freytagh-Loringhoven beschäftigen werde, desto ausführlicher oder mit dem sozialdemokratischen Abgeordneten Müller-Franken. Herr v. Freytagh habe in seinem Kommentar zum Völkerbund eine ganz andere Stellung als gestern eingenommen. Der deutsch-nationale Antrag zur Kriegsschuldfrage sei ganz überflüssig. Wenn man den Völkerbund ablehne, so könne man ihm doch nicht die Prüfung dieser Frage übertragen. Der Abgeordnete Müller-Franken habe sich mit den großen Fragen der internationalen Politik gar nicht befasst. Die auswärtige Politik werde nur im Interesse des Großkapitals getrieben, das gewisse die Teilnahme der Deutschen Volkspartei. Herr Stresemann habe erst nicht die „D.V.“ zu kaufen brauchen, um seine Politik vertreten zu lassen, das besorge schon der „Vorwärts“ und noch dazu unentgeltlich. (Zustimmung und Heiterkeit bei den Deutschnationalen und Völkischen.) In Rußland habe man es mit dem größten sozialistischen Experiment der Welt zu tun. Die Völkerverständnisdiene den Kapitalisten nur dazu, ihre Dividenden noch weiter zu steigern.

Abg. v. Graefe-Mecklenburg (Völk.) erklärt, daß eigentlich schon sein Freund v. Freytagh-Loringhoven alles dargelegt habe, was er sagen wollte. Gegen den imperinenten Ton des Reichswehrministers müsse Verwahrung eingelegt werden. General Botter habe es nicht verdient, so behandelt zu werden, wie es Herr Gessler gestern getan habe. Der Redner begründet dann einen völkischen Antrag auf Aufhebung der Dames-Befehle und des Eintritts in den Völkerbund. Zum Schluss erklärt der Redner:

Die Deutschnationalen treiben gar keine Opposition, sondern stehen schon mit dem Hut in der Hand, um in die Regierung aufgenommen zu werden. Mit ihrer Politik reissen sie der nationalen Opposition das Herz aus dem Leibe und ebnen der internationalen Kapitalherrschaft den Weg.

Reichsinnenminister Dr. Kautz stellt gegenüber dem Vordredner fest, daß die Prüfung von Staatsverträgen nicht zur Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes gehören.

Abg. Schiele (Dnat.) behauptet, daß die deutschnationalen Mitglieder des Kabinetts vorher den Locarno-Verträgen nicht zugestimmt hätten. Die Regierung müsse das endlich offiziell feststellen.

Abg. Graf Westarp (Dnat.) behält sich vor, später noch auf die Anarisse des Reichswehrministers auf General Watter zurückzukommen, weist diese Angriffe aber schon jetzt mit Empörung zurück.

Bei den von den Kommunisten und Völkischen eingebrachten Mißtrauensanträgen gegen den Reichsinnenminister würden sich die Deutschnationalen der Stimme enthalten, weil sie sich ihre taktische Haltung nicht vorschreiben lassen.

Der völkische Antrag auf Kündigung der Locarno-Verträge wird gegen Völkische und Kommunisten abgelehnt.

Der Antrag auf Prüfung der Kriegsschuldfrage durch den Ständigen Internationalen Gerichtshof wird von den bürgerlichen Parteien angenommen.

Die Mißtrauensanträge der Kommunisten und Völkischen werden gegen die Antragsteller abgelehnt.

Der Gesetzentwurf über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau wird dem Beamtenauschuss überwiesen. Die Regierungsanträge, die die Vorläge des Siedlungsausschusses überweisen wollten, bleiben in der Rinderheft.

Der Gesetzentwurf zur Abänderung der Gewerbeordnung (Einführung der Erlaubnispflicht für das Bach- und Schiffswerbe) wird dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Pressgesetzes, manach Abgeordnete des Reichstags und der Landtage, die strafrechtlich nicht zu erfassen sind, nicht mehr verantwortlich periodische Druckschriften zeichnen sollen.

Abg. Creutzberg (Komm.) nennt die Vorläge eine reaktionäre Maßnahme, wie sie selbst im kaiserlichen Deutschland nicht zu verzeichnen gewesen sei. Es handle sich hier um ein Ausnahmengesetz gegen die Kommunisten.

### Abg. Landsberg (Soz.)

betont, daß es notwendig gewesen wäre, das Zeugniszwangsverfahren gegen Redakteure endlich zu beseitigen. Die Journalisten haben ein Recht darauf, daß sie gegen geschützt werden, daß man sie zur Preisgabe ihrer Gewährsmänner zwingt. In dieser Sache hat die Regierung dem Rechtsausschuss die Initiative überlassen. Die sozialdemokratische Fraktion, darüber können die Kommunisten beruhigt sein, wird zu einem Ausnahmengesetz gegen irgendeine Partei ihre Zustimmung nicht geben. Wir haben gegen den vorliegenden Gesetzentwurf erhebliche Bedenken. Die Begründung sagt ja selbst, daß es immer noch möglich sei, die rechtslichen Bestimmungen zu umgehen, besonders wenn ein Abgeordneter als Verleger zeichnet. Die Abgeordneten schreiben ja auch Zeitungsartikel, veröffentlichten Bücher und halten Reden in Versammlungen. Diese Tätigkeit kann man ihnen nicht verbieten, warum will man ihnen verbieten, als verantwortlicher Redakteur tätig zu sein. Wir sind der Ansicht, daß das Pressgesetz, das aus dem Jahre 1874 stammt, einer gründlichen Umarbeitung bedarf, weil es den heutigen Verhältnissen nicht mehr entspricht. Ich denke vor allem an die Ausgestaltung des Berichtswangens und an die Tatsache, daß der verantwortliche Redakteur auch dann strafrechtlich verfolgt werden kann, wenn der Verfasser eines Artikels namentlich zeichnet. Es ist auch Zeit, die Berufsschreier der Journalisten zu schützen. Diese Dinge sind wichtiger, als das, was die letzte Vorlage regeln will. Wir werden den Gesetzentwurf zunächst gründlich prüfen und beantragen die Ueberweisung an den Geschäftsordnungsausschuss.

Der Ueberweisung wird zugestimmt.

Es soll nunmehr die

### zweite Beratung des Schund- und Schmutzgesetzes

in Verbindung mit dem dazu vorliegenden Antrag erfolgen.

Abg. Schred (Soz.) beantragt, die Vorläge nach einmal an den Ausschuss zurückzuverweisen. Es sei in der letzten Zeit von zahlreichen Organisationen des geistigen und künstlerischen Lebens sowie neues Material zu dieser Frage beigebracht worden, daß eine erneute gründliche Behandlung des Gesetzentwurfs notwendig sei.

Reichsinnenminister Kautz: Man kann verschiedener Meinung über diese Vorläge sein. (Behaftetes Sehr richtig! Stürmische Heiterkeit!) Der Reichstag würde sich ein Urteilszeugnis ausstellen, wenn der Gesetzentwurf, der schon seit einem Jahre dem Ausschuss vorliegt, noch einmal dahin zurückverwiesen würde.

Abg. Schred (Soz.) verweist auf die Tatsache, daß selbst von den Parteien, die dem Gesetz im Ausschuss zugestimmt haben, wie die Deutsche Volkspartei, jetzt Abänderungsanträge gestellt werden. Das zeige doch die Notwendigkeit einer nochmaligen Prüfung der Vorläge im Ausschuss. Das ausserordentlich demokratische Ministerium hat dieser Zurückverweisung widersteht, sei nicht zu verstehen.

Der sozialdemokratische Antrag auf Zurückverweisung wird gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Darauf gibt Abg. Frau Mah (D. Ap.) den Bericht.

Gegen 4 1/2 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag nachmittags 3 Uhr.

# Die Not der Landarbeiter.

## Rundgebung des Deutschen Landarbeiterverbandes.

Der Deutsche Landarbeiterverband veranstaltete gestern nachmittags in den Räumen des Reichswirtschaftsrates eine Rundgebung, in der die katastrophale Notlage der deutschen Landarbeiter einmal in aller Öffentlichkeit beleuchtet wurde. Die Rundgebung wies einen außerordentlich starken Besuch auf. Vertreten waren alle an der Landwirtschaft interessierten Kreise, Organisationen der Landwirte sowie auch der Arbeiterkammer, der Behörden des Reichs und der Länder sowie Vertreter der Parlamente.

In einleitenden Worten betonte der Verbandsvorsitzende, Genosse Schmidt, daß die Öffentlichkeit in der Vergangenheit fast ausschließlich mit der „Not“ der Landwirte, viel weniger oder gar nicht aber mit der wirklichen Not der Landarbeiter sich beschäftigt habe. Genosse Bernier führte über „Die Lohnfrage in der Landwirtschaft“ etwa folgendes aus:

Die landwirtschaftlichen Unternehmer behaupten, daß es den Landarbeitern gar nicht so schlecht gehe. Mit stichhaltigem statistischen Material können sie diese Behauptungen jedoch nicht beweisen; wenn sie wirklich mit Zahlenmaterial über die Löhne der Landarbeiter an die Öffentlichkeit treten, sind es

### große Täuschungsversuche.

Der Landarbeiterverband ist jedoch auf Grund seiner genauen Erhebungen in der Lage, der Öffentlichkeit einwandfreies Material zu unterbreiten. Es betrug das Gesamteinkommen eines Deputatsarbeiters in der Provinz Westfalen, wo die höchsten Löhne gezahlt werden, 46,08 Pf. pro Stunde, in der Provinz Schlesien, in der die Löhne am niedrigsten sind, 30,31 Pf. Mit den Löhnen der freien Arbeiter sieht es nicht viel besser aus. Standeslos niedrig sind aber die Löhne der Jugendlichen, besonders der weiblichen. In den eben angeführten Tarifgebieten betrug im Juli der Gesamtverdienst eines männlichen Jugendlichen von 18 Jahren 43 bzw. 14,79 Pf., der eines Mädchens im gleichen Alter 35 bzw. 12,02 Pf. pro Stunde. Besonders die schändliche Entlohnung der jugendlichen Landarbeiterinnen birgt die größten sittlichen Gefahren in sich. Es ist heute so, daß eine Familie, in der Mann, Frau und Kinder arbeiten, zusammen nicht mehr, öfter noch weniger verdienen als ein ungelernter Industriearbeiter im gleichen Wirtschaftsgebiet. Wenn man noch dazu berücksichtigt, in welchen elenden Behausungen die Landarbeiterfamilien leben müssen, nimmt die immer stärker werdende Landflucht nicht Wunder.

Nach einer vom Referenten mitgeteilten Erhebung haben 67,5 Proz. der Landarbeiterfamilien Ostpreußens, also

mehr als zwei Drittel der Familien nur einen einzigen Raum zur Verfügung, in dem sie wohnen, kochen und, meist noch mit ein oder zwei Hofgängern, gemeinsam schlafen müssen.

Die Behauptung der Landwirte, die Löhne seien gegenüber der Vorkriegszeit nicht unerheblich gestiegen, ist völlig abwegig. Das Realeinkommen ist in den meisten Fällen weit hinter das der Vorkriegszeit zurückgegangen. Zur Behebung der Landarbeiternot und der dadurch hervorgerufenen Landflucht gehört vor allem eine Erhöhung der Landarbeiterlöhne sowie die Beseitigung des Wohnungslebens der Landarbeiter. Dazu gehört aber auch, daß die staatlichen Schlichtungsinstanzen endlich ihre wohlwollende Haltung gegenüber den Landwirten aufgeben, die noch immer Lohnabbau fordern. Die Behörden dürfen sich nicht der Einsicht verschließen, daß der Landarbeiter auch ein wichtiger Faktor in der Landwirtschaft ist, dessen Arbeitsfreudigkeit erhalten werden muß.

Der Schriftleiter des „Landarbeiter“, Genosse Kwasnik, kritisierte sodann in seinem Vortrag „Sozialpolitik und Landwirtschaft“ die unterschiedliche Behandlung der Land-

arbeiter gegenüber Arbeitern anderer Berufe in sozialpolitischer Hinsicht. Diese

### schlechtere rechtliche Stellung der Landarbeiter

sieht man nicht nur in der Unfallversicherung, sie soll auch im kommenden Arbeitslosenversicherungsgesetz verankert werden. Man beschneidet weiter in raffinierter Weise die Freizügigkeit und das Koalitionsrecht der Landarbeiter, man versucht die freigewerkschaftliche Organisation der Landarbeiter von der Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse auszuschalten und pöppelt gelbe Landarbeiterverbände auf. Eine derartige Entwicklung liegt weder im Interesse der Landwirtschaft noch des Staates. Auch hier müssen die Behörden den Forderungen der Landarbeiter und ihrer Gewerkschaft mehr entgegenkommen zeigen.

In seinem Schlusswort betonte der zweite Vorsitzende des Verbandes, Genosse Bährke, daß sich die Landarbeiter wohl bemüht sind, daß sie ihren besten Rückhalt in einer starken Organisation haben. Er sprach die Erwartung aus, daß die Behörden in Zukunft bei der Förderung der Landwirtschaft die Landarbeiter nicht vergessen und ihre Interessen gerechter würdigen werden.

## Sozialdemokratie und Gewerkschaften.

### Sie gehören zusammen.

Von jeher war es für die große Masse der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter eine Selbstverständlichkeit, sich politisch zur Sozialdemokratischen Partei zu bekennen. Wiederholt ist daher während der sozialdemokratischen Werbeweche in Gewerkschaftskreisen an die Arbeiter der Appell gerichtet worden, sich in der Sozialdemokratischen Partei auch politisch zu organisieren. Darob großes Entrüstungsgeschrei bei den Kommunisten wegen Verletzung der Neutralität.

Die wenig Eindruck dieses Geschrei jedoch auf die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft macht, zeigt schlagend eine Entschliessung, die vor kurzem in der stark besuchten Generalversammlung der Verwaltungsstelle Rülheim-Ruhr des Deutschen Metallarbeiterverbandes gegen 8 Stimmen angenommen wurde. Die Entschliessung lautet:

„In der Erkenntnis, daß neben starken Gewerkschaften eine mächtige politische Partei sein muß, da beide, sich ergänzend und unterstützend, nur so die Interessen der Arbeiterschaft auf allen Gebieten erfolgreich vertreten können, begrüßt die Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Rülheim-Ruhr die Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und deren Presse durch die „Metallarbeiter-Zeitung“. Bei aller sachlichen Meinungsverschiedenheit in der Arbeiterbewegung, die nicht immer zu verhindern, oft sogar das vorwärtstreibende Element ist, muß anerkannt werden, daß die Sozialdemokratische Partei und ihre Presse in gerader Linie stets die Gewerkschaften unterstützt und nie bekämpft hat. Die Kommunistische Partei und ihre Presse hat dagegen mehr als einmal — nein, fast immer das Gegenteil getan. Aus diesem Grunde lehnen die Mitglieder die Resolution der kommunistischen Richtung, die sich gegen die Schreibweise der „Metallarbeiter-Zeitung“ wendet, ab.“

Die Sparte der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. a., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabends von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

**Teilzahlung**  
1/6 u. 8 Monatsraten  
Gewaltige Lager in 4 Etag.  
Das Neueste  
für Herbst und Winter

**Anzüge  
Ulster  
Paletots**

M. 48.-, 64.-, 78.- bis 150.-  
Anzahlung von 8 M. an

**Anzüge**  
für Knaben u. Junglinge

**Regenmäntel  
Damen-Mäntel**

Kleider 1. Straße u. Gesellschaft  
M. 16.-, 24.-, 32.-, 46.- u. 140  
Anzahlung von 8 M. an

**Wäsche, Oberhemden, Hüte**  
In besonderen Etagen:  
**Möbel-Einrichtungen**

**A.  
Damitt**  
Rosenthaler Straße  
46-47  
Ecke Neus Schloßhauser Str.

KATOT KATOT KATOT

# Unsere Leistungsfähigkeit

die Grundlage unseres Aufbaues

**ABTEILUNG KONFEKTION**

Reiche Auswahl, gediegene Ausführung und billige Preise für

Herren-Anzüge	Fahr-Pelze	Leder-Kleidung
Herren-Ulster	Knaben-Anzüge	Sport-Pelze
Herren-Paletots	Knaben-Paletots	Stoff- und Arbeits-Hosen
Schofför-Kleidung	Burschen-Paletots	

**ABT.: BERUFS-KLEIDUNG**

Sämtliche Formen und Qualitäten in allen Größen äußerst preiswert

Herren- und Damen-Schutzmäntel	Monteur- und Mechaniker-Kleidung
Kellner-, Koch- u. Konditor-Jacken	Setzer- und Malerkittel
	Frauen-Schutzkleidung

**ABTEILUNG WÄSCHE**

Herren-Oberhemden	Unterwäsche	Strickwesten
Kragen u. Krawatten	(Normal u. Mako)	Sweater u. Pullover

# Turn-Strasse 30a

Ecke Wilhelmshavener Straße, eröffnen wir Sonnabend, den 27. Novemb., nachmitt. 2 Uhr, unser 11. Geschäft.

**KOHNNEN & TORING**

Hauptgeschäft: Berlin, Alexanderstraße 12  
Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 / Brunnenstr. 126 / Boxhagener Str. 30 / Wiener Straße 11 / Landsberger Allee 148 / Frankfurter Allee 223 / Neukölln, Burgstr. 65 / Friedrichshagen, Friedrichstraße 76 / Niederschöneweide, Brückenstraße 15

KATOT KATOT KATOT

## Pigi.

Von Viktor Sangueffa.

Der Eingang zu ihrer Wohnung war ein rundes Loch in der Mauer, kaum so groß, daß ihr zartes, walzenförmiges Körperchen hindurchkam, und lag hinter einem schweren Bücherkasten versteckt. Diesem Umstand hatte es Pigi vornehmlich zu verdanken, daß sie noch nicht dem Ordnungsmann der Frau Offizialstellvertreterin Pigi zum Opfer gefallen war.

Pigis Reich war das ebenerdige Hofzimmer, das Frau Pigi als „garantiert ungezielfrei“ billig vermietete. Artgenossen der kleinen Maus, die sich, vom Hof kommend, hier und da auf diese dürftige Weib verirrten, erzählten ihr von wogenden Feldern, von Wald und Sonnenschein. Pigi hörte sie an und blieb; nichts vermochte sie von ihrer liebgewonnenen Heimat wegzulocken, denn auch Pigi hatte die unerklärliche Vorliebe der Mäuse zu ihrem größten Feind, dem Menschen, im Blut.

Die große Sehnsucht in Pigis Leben war, mit einem Menschen Freundschaft schließen zu können —, von ihm beachtet, aber nicht bedroht zu werden; aber die Menschen verstanden offenbar nicht, was sie wollte —, oder vielleicht offen sie Mäuse besonders gern, denn sobald sich Pigi nur irgendwo zeigte, machten sie gleich große Jagd auf sie!

Wenn die Nacht kam und die Lichter verlöscht wurden, steckte Pigi vorsichtig den kleinen Kopf aus ihrem Mauersloch und horchte gespannt, ob die Atemzüge des Menschen, der gerade in dem Zimmer wohnte, ruhig und gleichmäßig klangen —, dann schlief nämlich der Mensch, das wußte Pigi. War das der Fall, dann lief sie zuerst vorsichtig, der Mauer entlang, unter das Bett und begann umständlich Toilette zu machen. Die blanken, kleinen Sternnadel-Augen wurden sorgfältig ausgewischt, das Fellchen mit den Krallen gebürstet, und wenn das geschehen war, setzte sich das Mäuschen auf die Hinterfüße, strich sich die Schmirrbartthaare zurecht und legte Schwanz und Pfoten sorgfältig rein. Pigi war eben ein bißchen eitel, wie alle Mäuse, und hielt viel auf sich und auf Keilichkeit.

Nach der Toilette ging sie auf Nahrungssuche und Abenteuer aus. An den Vorhängen neben dem Fenster konnte man ganz leicht in die Höhe klettern und auf den Tisch kommen. Dort untersuchte Pigi gründlich alle herumliegenden Papiere. Oft fand sich der Rest einer Mahlzeit —, eine Speckschwarte oder auch nur ein paar Brotkrumen. Aber selbst wenn auf dem Tisch nichts zu finden war, fand es um Pigi noch nicht schlecht, denn gewöhnlich hatte sie ja in ihrer Höhle ein bißchen Vorrat. Und in den ärgsten Zeiten der Not mußte eben die Sesse auf dem Waschtisch herhalten, . . . aber wirklich nur, wenn's nicht mehr anders ging, denn sie schmeckte zwar nach Fett, aber gewöhnlich hatte sie einen für Pigis feine Nase höchst widerlichen Duft und außerdem bekam man davon Bauchgrimmen! —

Die Mieter Frau Legitts wechselten oft. Pigi hatte schon viele Erfahrungen mit Menschen gemacht ohne daß die Leute wußten, mit was für einem reizenden Tierchen sie die Wohnung teilten.

Junge Leute vom Bande hatte Pigi am liebsten —, sie zehmeten sich nämlich vor allem dadurch aus, daß sie Lebensmittelpakete von zu Hause brachten. In solchen Zeiten lebte die kleine Maus im Überflusse.

Einmal —, da hatte sie ganz besonderes Glück! Es kam ein Bauernsohn — er studierte, um Barrer zu werden —, der auffallend nachlässig war. Sechs Rüsse, drei Speckschwarten, ungezählte Äpfelkerne und sogar ein halbes Stückchen Zucker konnte Pigi in dieser Zeit in ihre Wohnung schleppen.

Langen Zeit bildeten diese Schätze ein stolz und eifersüchtig bewachtes Vermögen in Pigis Mauersloch. Dann kam wieder ein Trunkenbold, der wenig zu Hause war und nie in seinem Zimmer ab, und Pigis Wohlstand war dahin. Eines Tages war der Hunger besonders groß; seit zwei Tagen lag nämlich nicht einmal eine Sesse auf dem Waschtisch, und das Mäuschen vergaß alle Vorsicht. Im Bestreben, irgendetwas genießbares zu finden, das besser schmeckte als die langfaserigen Holzstücke des Bücherschranks, die sie in dieser bitteren Zeit zur Sättigung benutzt hatte, lief sie, während der Mensch an seinem Tische saß und las, durch's Zimmer. Krachend schlug bald ein Buch hinter ihr auf den Boden und hätte sie sicherlich umgebracht, wenn die Hand, die es geschleudert hatte, nicht so unsicher gewesen wäre. Pigi besaß sich, in ihre Höhle zu kommen und traute sich trotz des Hungers lange Zeit nicht hervor.

Als ihr Schicksal schon eine Wendung ins Hoffnungslose zu nehmen begann, änderte sich wieder der Mieter.

Ein stiller Mensch zog in Pigis Bereich ein; er studierte viel und hatte die angenehme Gewohnheit, dabei viel Tee zu trinken. Herrliche Zeiten kamen, in denen Pigi häufig Zucker und Reste von Backwerk fand, und ihr abgemagertes Körperchen wurde wieder schön rundlich und das Fellchen bekam neuen Glanz.

Und noch eine sympathische Eigenschaft hatte der neue Mensch. In einsamen Stunden spielte er Violine, und zwar wehmütig und schluchzend —, und das brachte das kleine Mäuschen immer ganz außer Rand und Band. Wenn die Töne durchs Zimmer schwebten, dann zog es sie mit unwiderstehlicher Gewalt aus ihrer Höhle. Anständig leuchtend streckte sie das Schnäuzchen aus dem Loch, und wenn die Musik gar zu rührend wurde, dann sang sie dazu; es klang wie das kaum hörbare Zwitschern eines träumenden Vogels, und zwar so leise, daß man es im Zimmer gar nicht hören konnte. Aber Pigi erschien ihr Gesang doch mächtig und wunderbar schön . . . und darauf kam es ja an!

Auch das Gefühl ständiger Sättigung trug wesentlich dazu bei, Pigis Temperament leichtsinnig und übermütig zu gestalten. In hellen Mondschneenächten, nach angenehmer Mahlzeit, suchte sie jene Stellen auf, auf die das Licht besonders stark fiel, und tanzte, tanzte jenen geheimnisvollen Sehnsuchts- und Freudentanz der Mäuse, der in einem Herumhüpfen auf zwei Füßen besteht, und bei dem man mit den Vorderpfoten in der Luft suchteln und mit dem Schwanz gar sonderbare Bewegungen ausführen muß —, denn das Leben ist dann so herrlich, so wunderbar, daß es schier nicht zu ertragen wäre, wenn man sich die viele Freude nicht vom Leib hupfen könnte!

Eines Tages trat wieder eine kleine Veränderung ein, die noch eine weitere Verbesserung von Pigis Lage nach sich zog. Der junge Mann wurde krank, verließ das Zimmer überhaupt nicht mehr und ließ sich das Essen zum Bette bringen. Man konnte zwar dazu nicht so bequem gelangen wie auf den Tisch, aber dafür gab es auch regelmäßig ganz besondere Herrlichkeiten, wie sie nur Menschen erfinden können, um kleine Mäuse damit zu beglücken.

Pigi mußte bald, wie sie zu ihrem neuen Weidplatz gelangen konnte. Man mußte zuerst so hoch hüpfen, daß man einen vom

Bett herabhängenden Deckenzügel ergreifen konnte, dann vorsichtig über das Bett schleichen, und schließlich von dort auf den Sessel springen, auf dem das Essen stand. Sie hatte wieder einmal diesen beschwerlichen Weg glücklich überstanden, als sie in einem Glase auf dem Sessel ein wunderbares Getränk fand . . . Pigi konnte ganz leicht trinken, wenn sie sich auf die Hinterfüße stellte. Es schmeckte süß und feurig zugleich; Pigi hatte noch nie so etwas Gutes getrunken und so trank sie nach Herzenslust von dem köstlichen Lebermost und fröhliche Sorglosigkeit besaßen sie und sie begann wispelnd zu tanzen. Aber schon nach den ersten Sprüngen geschah plötzlich etwas ganz Furchterliches: Ein Rüssel, den Pigi beim Tanz mit dem Schwanz gestreift hatte, fiel mit Getöse zu Boden. Der Mensch im Bett erwachte und bemerkte das Mäuschen im Mondschlein.

(Schluß folgt.)

## Der „Bund für Freiheit und Recht“.



Reichswehrminister Geiler: *Blamier' mich nicht, mein schönes Kind und grüß' mich nicht unter den Linden.*

## Ferdinand Ewald.

Zu seinem 80. Geburtstag.

„Der letzte der ersten Fünf“ — so dürfen wir den Mann nennen, der heute sein achtzigstes Lebensjahr vollendet. Uns alten Genossen steht noch lebhaft in Erinnerung, wie 1883 die Sozialdemokratie als „Arbeiterpartei“ zum ersten Male bei den Berliner Kommunalwahlen auftrat und eigene Kandidaten aufstellte, und wach Triumph es für uns war, daß fünf von ihnen gewählt wurden. Von ihnen sind inzwischen vier, Lohauer, Herold, Singer, Böckl, ins Grab gesunken. Der fünfte aber, und gerade der, welcher die Beteiligung an der Wahl am allerentschiedensten betrieben hat, lebt noch. Es ist unser Ferdinand Ewald, dessen wir heute dankbar gedenken.

Geboren am 26. November 1846 in Berlin, wuchs er hier in bescheidenen Verhältnissen auf. Er ergriff den Beruf des Bergbauers. Die Bismarckischen Kriege beriefen auch ihn unter Waffen, er mußte alle drei Feldzüge mitmachen. In solch erster Zeit lernte er unsere große Bewegung kennen und schloß sich dem „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ mit Begeisterung an. Eine gründliche Tätigkeit entwickelte er zur Zeit des Sozialistengesetzes. Berlin erhielt noch 1878 den Belagerungsstatus, der uns die politische Bewegung doppelt erschwerte. Doch verzagten wir nicht, sondern betrieben an Stelle der öffentlichen die geheime Agitation, zuerst in kleineren Kreisen durch Sammeln von Parteipapieren, Verbreitung verbotener Druckschriften und ähnliches. Ewald erwies sich dabei besonders rührig, wurde dann auch bald der Polizei verhaftet und am 13. Januar 1880 mit zwölf Genossen in Schönefeldes Lokal verhaftet. Doch führte der daran geknüpfte Geheimbundprozess vor dem Landgericht I zur Freisprechung, da bei dem allzu voreilig geführten Schloße noch nicht das nötige Material gegen die Angeklagten beschafft war.

Als nun in der folgenden Zeit die Regelung des Sozialistengesetz etwas gelinder handhabte, konnte auch Ewald sich gründlich betätigen. In der wieder erwachenden Bewegung bewährte er sich durch gute Redegabe, zähe Ausdauer und namentlich viel Umsicht und Besonnenheit. So wurde er Hauptschöpfer der *Fachvereine*, von denen als erste die der Bergarbeiter und der Holzarbeiter ins Leben traten, und damit der neuen gewerkschaftlichen Bewegung, die uns bald einen gezeichneten Erfolg für die unterdrückte politische Bewegung bot. Bald ging Ewald weiter, indem er allgemeine Arbeiterversammlungen abhielt und über Tagesfragen referierte, immerhin mit jener Vorsicht, die das Sozialistengesetz nötig machte. Unter seiner Leitung wurde 1881 eine Petition um Arbeiterschutz, deren Kernpunkt der neunstündige Arbeitstag bildete, an Reichstag und Reichsregierung beschlossen und damit eine rege Agitation verbunden.

Gleichzeitig wirkte Ewald für ein neues Organ der Arbeiterpartei. Im Beginn des Jahres 1883 erschien in seinem Verlage die „Berliner Arbeiterzeitung“; sie mußte aber infolge Geldmangels bald eingehen. Viel zu solchen Schlägen trug die andauernde Verdächtigung bei, als ständen Ewald und Genossen in Verbindung mit dem Hofprediger Stöcker und den Regierungskreisen. Ewald beagete solchen Verleumdungen mit besonderem Nachdruck in der großen Verlesung vom 8. Januar 1883 in der „Alten Linden“, wo auch Stöcker sich genötigt sah, ihn von dieser Beschuldigung zu entlasten. Als alle Bemühungen der Konservativen, Ewald und die Gewerkschafter auf ihre Seite zu ziehen, scheiterten, wurden gegen diese Prozesse wegen Vergehens gegen das Vereingesez und ähnliches angestrengt. Sie führten anfangs nur

zu leichten Strafen, nahmen aber später größere Dimensionen an. Auch Ewald hatte darunter zu leiden, ging aber unbeirrt auf dem als richtig erkannten Wege vorwärts und betrieb mit aller Macht die Beteiligung der Arbeiterpartei an den Kommunalwahlen, die dann auch ihm und den vier anderen zu Ehren in der Stadtverordnetenversammlung verhandelt. Der große Aufschwung der Bewegung, der sich mit den Kommunalwahlen verband, ermöglichte sodann die Schöpfung eines neuen Organs, des „Berliner Volksblattes“. Seit Ostern 1884 erschien es in Berlin in Ewalds Verlag, und aus ihm ist später unser „Vorwärts“ erwachsen.

Bei den nächsten Reichstagswahlen entwickelten wir in Berlin eine gründliche Agitation, und Ewald war stets einer der Hauptredner. Der Erfolg blieb nicht aus, denn wir brachten es zu einer gewaltigen Stimmenzahl und zu einer Reichstagsfraktion von vierundzwanzig Mann, wobei der vierte und der sechste Berliner Kreis wiedererobert wurden. Am Abend des 13. Dezember hielt die Partei unter Ewalds Vorhiss im Saale der Norddeutschen Brauerei in der Chausseestraße eine Riesensammlung ab, bei der die Polizei von vornherein eine feindliche Miene an den Tag legte. Ewald machte die ersten Teilergebnisse bekannt und erzielte dem Abgeordneten Kuer das Wort, da erfolgte die Auflösung und führte zu einem solchen Tumult, wie selbst Berlin ihn selten gesehen hatte.

Schon tags darauf erhielt Ewald die polizeiliche Weisung, binnen drei Stunden Berlin zu verlassen. Er erreichte mit Mühe, daß er wenigstens bis zum Abend bleiben durfte. Bei seiner Abfahrt war er Gegenstand einer starken Rundgebung. Der Zufall wollte, daß gleichzeitig der deutsche Kronprinz von demselben Bahnsteig abfuhr und sich einbüßete, die brausenden Hochrufe sollten ihm gelten!

In Brandenburg a. d. H. eröffnete Ewald ein Zigarettengeschäft, kaufte später die „Brandenburger Zeitung“ an und führte den Kampf für unsere Sache mit gewohnter Energie. Die Genossen wußten seine Tätigkeit zu würdigen und entsandten ihn 1889 zum Internationalen Arbeiterkongress in Paris, auf dem die Zweite Internationale entstand.

1895 kehrte Ewald nach Berlin zurück und leitete hier eine Gastwirtschaft in der Schönsteinstraße, zunächst zehn Jahre lang, um sie dann beim Ausbruch des Weltkrieges wieder zu übernehmen. Das Lokal erfreute sich in Parteikreisen großer Beliebtheit; auch diente sein unterirdischer Raum zu geheimen Zusammenkünften politischer Flüchtlinge. Unter seinen Kollegen wirkte Ewald agitatorisch als Vorsitzender des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte und als Redakteur ihres Organs. In die Stadtverordnetenversammlung wurde er nach seiner Rückkehr nach Berlin wiedergewählt. Bei der Reichstagswahl im Jahre 1912 siegte er im Zand-Belziger Kreise und bekleidete das Mandat bis zum Ende der Monarchie. Der Weltkrieg brachte auch ihm schwere Erfahrungen. 1919 verkaufte er Haus und Geschäft. Mit und von materiellen Sorgen geplagt, fand er schließlich Aufnahme in einer städtischen Altersstiftung, wo noch mancher gute Genosse weilte. Nachdem er bis ins Greisenalter hohe körperliche und geistige Frische an den Tag gelegt hatte, wurde er im letzten Sommer von einem Schlaganfall und weiteren Leiden heimgeführt und mußte längere Zeit im Birchom-Krankenhaus zubringen. Jetzt ist er in sein freundliches Heim im Stiß zurückgekehrt, und wir wollen hoffen, daß ihm, der so viel für unsere Sache getan und gelidelt hat, noch manches schöne Lebensjahr beschieden ist.

Max Schütte.

**Ehescheidungen im dunkelsten Afrika.** Eine Felle durch das Herz des dunklen Erdteils, und zwar durch Gegend, die seit Küllmanns Expedition kein Forscher betreten und in die zum Teil außer einem verirrten Missionar oder Arzt überhaupt noch kein Weißer gekommen ist, hat der Amerikaner Hermann Norden unternommen. Er berichtet über seine Ergebnisse und Abenteuer in einem Jochen bei F. A. Brockhaus erschienenen Werk „Auf neuen Pfaden im Kongo“. Selbst in diesen Gebieten ist die Ehescheidung schon recht häufig geworden, und er konnte selbst an verschiedenen „Befahren“ oder Gerichtsungen teilnehmen, bei denen Ehen der Eingeborenen getrennt wurden. Eines Tages sah er auf dem Tisch des Bezirksvorstehers von Luluaburg im belgischen Kongo ein merkwürdiges Gemisch von „Werbischen“ liegen: ein paar Hufeisen, einige Kupfermünzen, einige Stücke Madibagewebe usw. Auf die Frage, was das zu bedeuten habe, erklärte ihm der Vorsteher, die Sachen stellten die Kaufsumme dar, die ein Vater dem Mann, der sich von seiner Tochter hatte scheiden lassen, zurückzahlen mußte. „Mit Ehescheidungen habe ich sehr viel zu tun“, sagte er. „Sie würden kaum, wenn Sie wüßten, wie häufig.“

Diese Erscheinung ist ein deutlicher Beweis dafür, daß selbst im dunkelsten Afrika das selbständige Denken erwacht und man sich nicht mehr um die allhergebrachte Sitze, die eine Ehescheidung nicht kannte, kümmert. Der Antrag auf Scheidung geht immer von der Frau aus, und sie hat ihren Vater gegen sich, der natürlich nicht gern die Kaufsumme wieder herausgeben will. Ein solcher Ehescheidungsprozess vollzieht sich unter Anwesenheit vieler Eingeborener, die alle möglichen Zaubermittel mitbringen, wie Ziegenhörner, Leopardenzähne, Götzenbilder usw., um dadurch die Entscheidung zu beeinflussen. Der Ehemann will die Frau nicht herausgeben. „Ich habe sie gekauft, sie ist mein Eigentum“, sagt er. Die Anwesenden unterziehen ihn und bringen gute Ratschläge vor: „Er soll sie nur tüchtig prügeln, dann wird sie schon bei ihm bleiben; sie gehört ihm.“ Die Frauen aber beharren meist mit großer Entschiedenheit auf ihrem Recht. „Tut mit mir, was Ihr wollt“, erklärt eine solche schwarze Scheidungslustige. „Ich gebe nicht wieder zu ihm; er hat zu viele Frauen und schlägt mich mit der Peitsche.“ Die Zahl der Ehescheidungsgründe in Innerefrika ist zwar nicht so groß wie bei uns, aber es werden doch sehr verschiedenartige Beweggründe vorgebracht. So verlangte eine junge Frau, von ihrem Mann geschieden zu werden, weil er das Fleisch eines Tieres aß, das für ihren Stamm tabu war. „Wie kann ich die Frau eines Mannes sein, der Buschfleisch isst.“ Nagte sie immer wieder, und aus ihren Worten klang der Abscheu eines in seinem heiligsten verletzten Gemütes. . .

**Woher kommen die Muttermale? Ammenweisheit —** Überglücken weißer Frauen — überflossene Vorstellung des Volkes — wie wir und tollend greifen diese Gedankenengänge des Menschen an die Geheimnisse der Natur heran. Heute, da die Wissenschaft eine verschlossene Tür nach der anderen in unbekannte Weiten öffnet, gewinnen wir realen Boden unter den Füßen. Nicht mehr glauben und hinnehmen müssen wir die Dinge — sondern wir sehen und wissen, arbeiten mit Tatsachen. Das Seltsame ist, viele Ansichten, die im Wissen des Aberglaubens entsprungen sind und nur intuitiven Charakter haben, viele solche Anschauungen entspringen sich im strengen Lichte der wissenschaftlichen Forschung als wahr. Die Forschung bestätigt sie. So ist es auch mit den Muttermalen. Woher kommen sie? Was sagt, sie seien vererbt. Erschrickt die Mutter während der Schwangerschaft, fällt sie oder stößt ihr sonst etwas zu — dann können sich beim Kinde die Muttermale bilden. Rauschhafte Forscher — Weirosmay und Leven — bestätigen diese Ansicht; Muttermale sind keimplasmatisch bedingt. Sie sind aber nicht eine Ausprägung mütterlicher Erlebnisse am Körper des Kindes — sie sind meistens etwas anderes und mehr. Das „Erdrücken“ der Mutter bedeutet nur das auslösende Moment des Auftretens, des Zustandkommens eines Muttermales. Muttermale sind Pflanzlinge in den Zustand tierischer Ahnen. Es sind nicht-menschliche Jellen, aus denen sie bestehen. Ausgebeutete Muttermale mit starker Behaarung zeigen dies ganz deutlich. Es sind Rückfälle auf den Hautzustand des Tieres, auf deren Behaarung und Färbung.



# Schutz für Mutter und Kind.

## Die Wochenhilfe der Krankenkassen.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin und die Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin haben sehr schöne Werkblätter für Schwangere und Wöchnerinnen herausgegeben, die auf viele Fragen, die dieses Gebiet betreffen, ganz genaue erschöpfende Antworten geben. Diese Blätter werden an Mitglieder dieser Kassen und ihre Familienangehörigen in den Schwangerenberatungsprechstunden der von den Krankenkassen eingerichteten Ambulatorien ausgeteilt. Leider haben noch immer nicht alle Frauen erkannt, von wie großem Nutzen es für sie ist, sich während ihrer Schwangerschaft in diesen Sprechstunden beraten zu lassen und sich dort rechtzeitig Auskunft zu holen. Die Unkenntnis der Gesetze und Bestimmungen beraubt sie dann oft der wenigen Rechte, die ihnen die Gesetzgebung zuerkannt hat.

### Worin besteht die Wochenhilfe der Krankenkassen?

1. Jede Frau, ob selbstversichert oder Familienangehörige eines Versicherten, die Anspruch auf Wochenhilfe hat (der bestehende oder nicht vorhandene Anspruch wird ihr in den Schwangerenberatungsprechstunden klargestellt), erhält von ihrer zuständigen Krankenkasse auf Grund einer ärztlichen Bescheinigung, daß sie vor der Niederkunft sich und das Kind entbinden will, eine Wochenbettepackung, welche folgendes enthält: 250 Gramm sterile Watte, 500 Gramm Verbandsmatte, 25 sterile Tupfer, 100 Gramm Spiritus, 200 Gramm Jodoform, ein Quadratmeter Gummianteilage. Die Schwangere bekommt also ein sachgemäß zusammengestelltes Paket, in dem sich alles für ihre schwere Stunde Notwendige befindet.

2. Die Klagen vieler werdenden Mütter, daß sie eigentlich viel lieber zu Hause entbinden würden, weil sie bisher immer leichte Geburten hatten, daß sie aber bei der jetzt herrschenden Arbeitsnot die Hebamme nicht bezahlen könnten, weil diese zu viel fordere, sind durch die neuen Bestimmungen ebenfalls abgestellt: Die Krankenkasse bezahlt die Hebamme. Diese reicht also ihre Rechnung direkt bei der Kasse ein und ist nicht berechtigt, außerdem noch eine besondere Zahlung von der Entbundenen zu fordern. Dadurch ist jeder Frau bei ihrer Geburt Hebammenhilfe gesichert.

3. Hält die Hebamme bei der Entbindung ärztliche Hilfe für notwendig, so kann ein Arzt hinzugezogen werden. Die Kasse bezahlt auch den Arzt.

4. Wenn eine Schwangere im Krankenhaus entbinden will, so bekommt sie das Hebammengeld (36 M.), das sonst an die Hebamme gezahlt würde, selbst ausgezahlt. Einige Kassen, z. B. die Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe und die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin — allerdings diese letzte nur für das Krankenhaus in Sanität — übernehmen die gesamten Kosten für die Entbindung und für den Aufenthalt in einem Krankenhaus. Es ist jedoch selbstverständlich, daß in den Fällen, in denen die Kasse für die Anfallsentbindung übernimmt, der Anspruch auf das Hebammengeld fortfällt. Ein Verzeichnis der Krankenhäuser mit genauen Aufnahmebedingungen wird auf Wunsch in den Beratungsstellen der Ambulatorien des Verbandes der Berliner Krankenkassen ausgehändigt.

5. Außer der Wochenbettepackung für die Hausentbindung und der Hebamme, bzw. dem Hebammengehalt bei der Entbindung im Krankenhaus, bekommt jede junge Mutter, ob selbst- oder familienversichert, noch einen Beitrag zu den Entbindungskosten von 10 M.

6. Weiter erhält jede Selbstversicherte ein Wochenlohn in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens 50 Pf. pro Tag, für vier bzw. sechs Wochen vor und sechs zusammenhängende Wochen unmittelbar nach der Niederkunft. Bezogen sei also ein Krankengeld von 10 M. die Woche, so bekommt sie 100 M. Wochenlohn für zehn Wochen, bzw. 120 M. für zwölf Wochen. — Die Familienwochenhilfe beträgt 50 Pf. pro Tag, also für zehn Wochen 35 M.

7. Ferner steht jeder stillenden Mutter ein Stillgeld für die Dauer von zwölf Wochen zu, und zwar beträgt dieses bei Selbstversicherten die Hälfte des Krankengeldes, jedoch mindestens 25 Pf. pro Tag und höchstens 1 M. täglich. — Familienversicherte erhalten ebenfalls für die Dauer von zwölf Wochen ein Stillgeld in Höhe von 25 Pf. täglich, also in zwölf Wochen 21 M. — Die Bescheinigung für das Stillgeld wird in den Säuglingsfürsorgestellen ausgestellt. Die Adresse der zuständigen Säuglingsfürsorgestellen wird in den Schwangerenberatungsprechstunden jeder Frau vor der Entbindung nachgewiesen.

8. Was das sogenannte Schwangerengeld betrifft, so steht dieses nur selbstversicherten Schwangeren zu, wenn sie infolge der Schwangerschaft arbeitsunfähig werden. Das Schwangerengeld wird in Höhe des Krankengeldes bis zur Gesamtdauer von sechs Wochen ausbezahlt. Bei Krankheit und Beschwerden ist es ratsam, noch vor der Niederkunft der Arbeit, sich auch darüber in den Schwangerenberatungsstellen ausklären zu lassen.

### Die Hauspflegerin.

Es sei hier auch gleich noch auf eine neue wohltätige, unentgeltliche Mehrleistung der Krankenkassen hingewiesen — auf die Möglichkeit, eine Hauspflegerin während des Wochenbettes von der Krankenkasse zu erhalten. Die meisten Wöchnerinnen können sich

unter dem Zwange der häuslichen Pflichten und der Knappheit ihrer Mittel keine Schonung gönnen. Sie müssen oft schon am zweiten und dritten Tage nach der Niederkunft am Waschbrett stehen und die schwere häusliche Arbeit leisten, um für sich und den Säugling die notwendigen Wäscheartikel zu waschen, einholen, den Mann und die Kinder versorgen. Daß dadurch oft schwere Erkrankungen entstehen, ist nur zu sehr bekannt. Im Wochenbett braucht jede junge Mutter in erster Linie Ruhe! Diese kann ihr verschafft werden, wenn eine andere Frau sich des Haushalts, der Kinder und des Neugeborenen annimmt. Durch die Hauspflege wird jeder Frau der von der Wissenschaft gebotene und verlangte Schutz zur Erhaltung ihres Lebens und ihrer Gesundheit zurzeit des Wochenbettes gewährleistet. Die Hauspflegerinnen werden auf Antrag für Mitglieder und Angehörige der Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe, Alexandrinenstr. 44, gestellt. — Hoffentlich folgen recht viele Kassen diesem guten Beispiele!!

### Die Schwangerenberatungsstellen der Ambulatorien des Verbandes der Berliner Krankenkassen

sind stets bestrebt, die werdenden Mütter nach jeder Richtung hin aufzuklären und zu beraten, damit sie und ihre Kinder gesund werden und bleiben. Um dem vorhandenen Bedürfnis abzuhelfen, werden demnächst unentgeltliche Mütterkurse in der Säuglingspflege veranstaltet. Anmeldung und Auskunft in dieser und auch allen anderen einschlägigen Fragen nimmt das Bureau der Schwangerenfürsorge, Alexandrinenstr. 39/40, täglich von 10 bis 2 Uhr, entgegen, desgleichen die nachstehend aufgeführten Schwangerenberatungsstellen: Alexandrinenstr. 39/40, 1. Hof, Aufgang 2, 2. Tr. Sprechstunde: Montag 10 bis 11 Uhr, Donnerstag 1 bis 2 Uhr. Alt-Neubau 73. Sprechstunde: Dienstag 1/2 bis 3 Uhr. Belle-Alliance-Str. 7/10. Sprechstunde: Donnerstag 5 bis 6 Uhr. Müllerstraße 153a. Sprechstunde: Montag 1/2 bis 2 1/4 Uhr. Kronaplatz 5. Sprechstunde: Mittwoch 1 bis 2 Uhr. Große Frankfurter Str. 137. Sprechstunde: Montag 2 bis 3 Uhr, Donnerstag 2 bis 3 Uhr. Oranienstr. 6. Sprechstunde: Dienstag 2 bis 3 Uhr. Brühl, Jahnstraße 82. Sprechstunde: Mittwoch 1 bis 3 Uhr. Charlottenburg, Berliner Str. 137. Sprechstunde: Dienstag 4 bis 5 Uhr. Spandau, Kottbuserstr. 175. Sprechstunde: Donnerstag 2 bis 3 Uhr. Schöneberg, Brunnenwallstr. 30. Sprechstunde: Freitag 1/2 bis 3 Uhr. Neukölln, Weichselstr. 8. Sprechstunde: Dienstag 4 bis 5 Uhr, Mittwoch 4 bis 5 Uhr, Nichtenberg, Möllendorferstr. 10. Sprechstunde: Montag 3 bis 4 Uhr, Weichselstr. 17. Sprechstunde: Mittwoch 9 bis 12 Uhr, Freitag 2 bis 3 Uhr. Pankow, Bismarckstr. 3. Sprechstunde: Freitag 1 bis 2 Uhr. Reinholdenbr., Residenzstr. 10. Sprechstunde: Mittwoch 1 bis 2 Uhr. Tegeler, Brunowstr. 23. Sprechstunde: Mittwoch 4 1/2 bis 5 1/2 Uhr. Dr. med. H. B.

### Maßnahmen für die erwerbslose Jugend.

#### Kommunistische Kreisläufe.

Bei der Betrachtung unserer Wirtschaftslage bildet die Not der erwerbslosen Jugend ein besonders schweres Problem. Reich, Staat und Kommunen beschäftigen sich eingehend mit der Lösung dieser Frage. Versuche und Veranstaltungen mannigfacher Art wurden durchgeführt. Manche Gemeinden, darunter auch Berlin, leisten Vorbildliches. Berlin hat ungefähr für ein Jahr etwa 1 Million Mark zur Verfügung gestellt, um der Not der Jugend auf materiellem, geistlichem und sittlichem Gebiete zu steuern. Ausgelöst durch die Initiative der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei, entschlossen sich die Berliner Körperschaften zur Durchführung von Maßnahmen, die in erster Linie die materielle Not der Jugendlichen steuern sollten. Die Maßnahmen in jugendpflegerischer Hinsicht wurden erweitert. Dazu kamen die verschiedensten Einrichtungen zur Erhaltung des Arbeitswillens der Jugendlichen. Sämtliche Parteien sollten reichhaltig das von der Stadt Berlin Geleistete anerkennen und sich freudig in den Dienst der guten Sache stellen. Die Kommunistische Partei aber versucht, die Einrichtungen sich in parteipolitischer Hinsicht nutzbar zu machen und bedroht so die weitere Durchführung der Maßnahmen. Sie schickt in sämtliche Berliner Bezirke Abgesandte mit dem Auftrag, durch Aufstellung unerfüllbarer Forderungen und durch parteipolitische Hege Konstellationen zu schaffen, um für den „Kongreß der erwerbslosen Jugend“ Material zu erhalten. Die Vertreter der Bezirksämter, die Heimleiter und die Lehrkräfte werden beschimpft. Neben Neukölln, Kreuzberg und anderen Bezirken führte das wüste Aufstreben des Roten Jungsturms“ und der Abgesandten der Kommunistischen Partei dazu, daß auch im Bezirk Friedrichshain ein Jugendheim geschlossen werden mußte. Die „Rote Fahne“ brachte kürzlich einen Artikel darüber, der die Tatsachen jedoch völlig entstellt. Es handelt sich im Bezirk Friedrichshain nicht um Konflikte mit einem Heimleiter, sondern der Heimleiter gestattete nicht, daß die Kommunistische Jugend und der Rote Jungsturm das Tagesheim als ihren Versammlungsort benutzten. Der Redeführer W. wurde ausgeschlossen, und nachdem er den wiederholten Aufforderungen, den Raum zu verlassen, nicht nur keine Folge leistete, sondern Heimleiter, Lehrkräfte und Beauftragte des Bezirksamts mit Gleichgesinnten lässlich bedrohte, mußte zur Sicherung des Heims Übergangene werden. Es ist eine lächerliche Behauptung der Kommunisten, daß die für die Jugend eingerichteten Werkkurse nichts anderes darstellen als den Anfang einer vertappten Arbeitsdienstpflicht für die Jugendlichen. Der Stadt

Berlin und den einzelnen Bezirksämtern liegt nichts ferner, als eine Arbeitsdienstpflicht für die Jugendlichen durchzuführen. Aber die Stadt ist verpflichtet, Maßnahmen zu treffen, um der fortschreitenden Demoralisierung der Jugend in ihrem eigenen Interesse Einhalt zu gebieten. Die SPD-Fraktion unterstützt nach wie vor die Maßnahmen im Interesse der jugendlichen Erwerbslosen, um die Gefahr einer Verwahrlosung und einer zu leichten Bereitwilligkeit, Parolen radikaler Elemente Folge zu leisten, zu beseitigen. Aber die erwerbslose Jugend erkennt bei ernstlicher, zielbewusster Arbeit der Jugendämter in den Bezirken sehr rasch selbst, wo wirkliche Hilfsbereitschaft und Verständnis für sie vorhanden ist. Das beweist schon die Tatsache, daß in einer von den Kommunisten einberufenen Versammlung jugendlicher Erwerbsloser im Bezirk Friedrichshain von 500 Jugendlichen am ersten Tage 12, am zweiten Tage 25 Jugendliche die Versammlung besuchten. Aufgabe der „Sozialistischen Arbeiterjugend“ ist es, ihre Mitglieder immer wieder über die wahre Sachlage zu unterrichten und sie über die unerfüllbaren Forderungen der Kommunisten aufzuklären.

### Aus den Bezirken.

#### 1. Bezirk. — Mitte.

Die Bezirksversammlung hatte sich am Freitag, den 19. und Mittwoch, den 24. d. M. mit der Aufstellung des Etats und einigen anderen Tagesordnungspunkten zu befassen. Der durch den Umbau des Spittelmarktes entfernte Spindlerbrunnen ist an das Bezirksamt Köpenick zwecks anderweitiger Aufstellung überwiesen. Einem von unserer Fraktion seit Jahren gestellten Antrag auf Errichtung des stark vernachlässigten Arkonaplatzes wird jetzt durch Umgestaltung des Platzes Rechnung getragen. Die SPD. hatte fast zu jedem Kapitel ihre bekannten Agitationsansprüche gestellt und um nun nicht eine weitere Verschleppung der Beratungen herbeizuführen, wurden sämtliche Abstimmungen am Schluß der Sitzung vorgenommen. Den größten Umfang nahmen die Beratungen des Wohlfahrts- und Wohnungsetats in Anspruch, da die geradezu katastrophale Wohnungsnot im Bezirk Mitte dringende Abhilfe erfordert. Ein Antrag unserer Fraktion, der die Bebauung aller im Bezirk gelegenen baureifen Grundstücke fordert, wurde angenommen. Die Maßnahmen sollen in erster Linie dazu beitragen, das geradezu skandalöse Bild im Innern der Stadt, Scheunenviertel usw. zu beseitigen. Eine umfangreiche Inangriffnahme des Wohnungsbaues kann diese Zustände nur bessern. Die Deutschnationalen hatten einen Antrag eingereicht, den Magistrat zu ersuchen, aus den von der Stadtverordnetenversammlung am 29. Juli 1926 laut einstimmigem Beschluß durch Anleihe zu beschaffenden Mitteln in Höhe von 150 000 000 Mark dem Bezirksamt Berlin Mitte 4 000 000 Mark für eigene Bauzwecke für das Etatsjahr 1927 einzustellen. Da der Magistrat diesem Beschluß zurzeit nicht beigetreten ist, muß dieser Antrag auch dementsprechend bewertet werden. Ein Antrag der Fraktion der Mitte, die Summe von 18 000 Mark für das Säuglingsheim Berlin-Mitte bereitzustellen, wurde abgelehnt. Der Sprecher unserer Fraktion wies darauf hin, daß städtische Zuwendungen für derartige Einrichtungen unsererseits nur bewilligt werden können, wenn die Stadt nicht in der Lage ist, für die Unterbringung der Kinder Sorge zu tragen. Da das städtische Waisenhaus zurzeit unterbelegt ist (60 Betten stehen frei), liegt dazu keine Veranlassung vor. Im übrigen wurde der Etat mit dem vom Haushaltsausschuß beschlossenen Änderungen angenommen. Die bürgerlichen Parteien hatten vor der Gesamtabstimmung den Saal verlassen, ohne die Beschlußfähigkeit anzuzweifeln.

#### 4. Bezirk. — Prenzlauer Berg.

In der Bezirksverordneten-Versammlung am 10. November erstattete Genosse Huhnfleisch Bericht über die Verhandlungen des Etatausschusses, worauf der Haushaltsplan für 1927 nach den Beschlüssen des Ausschusses einstimmig angenommen wurde. Die kommunistische Fraktion gab aber für ihre Zustimmung eine lange Erklärung ab, in der zu wiederholten Malen die Sozialdemokraten als „Arbeiterverräter“ beschimpft wurden. Diese Erklärung wurde unter großer Heiterkeit der ganzen Versammlung entgegengenommen. Auch folgende vom Ausschuß unterbreiteten Anträge fanden einstimmige Annahme: Das Bezirksamt wird ersucht, beim Magistrat zu beantragen: 1. daß die Verteilung der Summen, die den Verwaltungsbezirken zugewiesen werden, nicht mehr nach der jetzt bestehenden Schlüsselzahl, sondern nach dem sogenannten Gläubigerschlüssel erfolgt; 2. daß die Gebühren für die Benutzung von städtischen Räumen (Schulaulen usw.) herabgesetzt werden in den Fällen, in denen gemeinnützige Vereine oder politische Parteien solche Räume in Anspruch nehmen, und 3. bei außergewöhnlicher Schneebeseitigung, wenn Erwerbslose für diese Arbeit eingestellt werden, ihre Bezahlung nach den tariflichen Sätzen des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes vorzunehmen und ihnen warme Kleidung und Stiefel zu liefern. In einem Dringlichkeitsantrage wurde für die Straßenbahnlinien 4 und 9 eine bessere Verkehrsregelung verlangt und beschlossen, daß das Bezirksamt die dazu nötigen Schritte unternimmt. Ein Antrag der kommunistischen Fraktion, den Magistrat zu ersuchen, auf die preussische Regierung einzuwirken, daß der Vergleich mit den Hohenzollern rückgängig gemacht wird, wurde — weil nicht zur Kompetenz der Versammlung gehörig — durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Ein weiterer Antrag der SPD., zum „Kongreß der Werktätigen“ zwei Delegierte zu wählen, wurde aus dem gleichen Grunde abgelehnt. Die Ausführung eines Beschlusses der Versammlung, am Hochbahnhof Danziger Straße einen zweiten Aufgang zu errichten, ist von der Hochbahngesellschaft abgelehnt mit der Begründung, daß der Verkehr nur in ge-

**WENESTI** **DUKAT** **ZIGARETTE**

dicker, milder, besser als jede andere

ohne Mundstück

Solo

